



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Jahrestagung des Deutschen Landkreistages:

Neue Regierungspolitik für Deutschland und Europa?

Aktuelle politische Entwicklungen standen auf der Agenda der Jahrestagung des Deutschen Landkreistages in Wiesbaden. Unter dem Titel „Neue Regierungspolitik für Deutschland und Europa“ reichte der thematische Bogen von einer zukünftigen Politik für die ländlichen Räume über Breitbandausbau und Digitalisierung sowie Integrationspolitik bis zur Frage der angemessenen Finanzausstattung von Städten, Landkreisen und Gemeinden.

Der ebenso wie die gesamte Verbandsspitze wiedergewählte DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager forderte die Große Koalition auf, in den Jahren bis 2021 eine kommunalfreundliche Politik zu verfolgen. „Der Koalitionsvertrag nimmt zahlreiche

berechtigte Forderungen des Deutschen Landkreistages auf. Das betrifft etwa den Ausbau mit Glasfaser oder eine konsequente Integrations- und Flüchtlingspolitik. Hier gilt es, schnell etwas zu erreichen, denn die Vorschläge liegen auf dem Tisch und müssen nun rasch umgesetzt werden.“

Kernforderung nach Stärkung der kommunalen Steuerbasis

Allerdings wies Sager auch darauf hin, dass sich die Landkreise von den Koalitionären teilweise mehr erwartet hätten: „Unsere Kernforderung nach einer Stärkung der kommunalen Steuerbasis hat im Vertragstext keine Berücksichtigung gefunden. Damit bleibt die kommunale Ebene von Finanzspritzen und Investitionshilfen des Bundes.“

Ausbau mit Gigabit-Netzen

Für die Landkreise spiele die Digitalisierung eine ständig größer werdende Rolle. In diesem Kontext sei der angekündigte flächendeckende Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025 unter Betonung des Netzinfrastrukturwechsels hin zur Glasfaser ausdrücklich zu begrüßen. „Das wollen wir doppelt unterstreichen: Ohne Glasfaser keine Gigabit-Gesellschaft“, so Sager. Sicherzustellen sei, dass damit tatsächlich Glasfaser bis ins Gebäude gemeint ist. Ebenso müsse die maßgebliche Rolle der Landkreise bei der Umsetzung (Fortsetzung auf Seite 4)



Wasser. Kraft. Bayern.

6. Bayerisches WasserkraftForum 2018
am 17. Mai in Neunburg vorm Wald

Für das Gelingen der angestrebten Energiewende ist die Wasserkraft in Bayern unverzichtbar. Beim 6. Bayerischen WasserkraftForum der Bayerischen GemeindeZeitung am 17. Mai 2018 in Neunburg vorm Wald werden Potenziale und Grenzen der Wasserkraft erläutert.

Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben werden die Themen Natur-, Klima-, Umweltschutz sowie wasserbautechnische Partnerschaften in Entwicklungsregionen erörtert.

Unsere Besucher haben die außergewöhnliche und sehr seltene Gelegenheit, im Anschluss an das WasserkraftForum zwei sehr besondere Highlights zu besichtigen.

Eine Anmeldung ist zwingend erforderlich, da es sich hier teilweise um Hochsicherheitsbereiche handelt und eine Höchstbesucherzahl nicht überschritten werden darf.

Netzleitstelle Bayernwerk: Von hier aus werden das gesamte 20-kV-Mittelspannungsstromnetz des Bayernwerks von Aschaffenburg bis ins Berchtesgadener Land sowie auch das Erdgasnetz überwacht.

Eixendorf II: Die Bayerischen Landeskraft werke bauten an der Vorperrde des Eixendorfer Stausees eine besonders umweltverträgliche Wasserkraftanlage.

Informationen unter: www.bayerisches-wasserkraftforum.de

BVerfG-Urteil:

Aktuelle Grundsteuer ist verfassungswidrig

Kommunale Spitzenverbände plädieren für zügige und rechtssichere Reform

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die Grundsteuer in ihrer derzeitigen Form für verfassungswidrig erklärt. Begründung: Die bisherige Bewertung führe zu gravierenden Ungleichbehandlungen der Immobilienbesitzer. Allerdings hat das Gericht eine Übergangsfrist bis Ende 2024 gewährt, wobei die entsprechenden Regelungen des Bewertungsgesetzes bis Ende 2019 reformiert werden müssen. In dieser Zeit sind neue gesetzliche Grundlagen für die Besteuerung von Grund und Boden zu schaffen, eine neue Hauptfeststellung durchzuführen und diese zur Basis der Grundsteuer-Erhebung durch die Städte und Gemeinden zu machen, die vor Ort den Hebesatz festlegen.

In einer ersten Stellungnahme unterstrich der Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Franz Dirnberger, die Bedeutung der Grundsteuer für die bayerischen Kommunen: „Die Gemeinden können auf die Einnahmen aus der Grundsteuer nicht verzichten.“ Die Grundsteuer ist die zweit-

wichtigste kommunale Steuer mit eigenem Hebesatzrecht. Ihr Aufkommen liegt in Bayern bei rund 1,84 Mrd. Euro pro Jahr. Dirnberger zufolge „dürfen diese Finanzmittel nicht ausfallen, auch nicht zeitweise. Denn das würde bedeuten, dass die kommunale Selbstverwaltung in vielen Gemeinden zum Stillstand kommt.“

Gesetzgeberische Konsequenzen

Der Kommunalverband erwartet von Bund und Ländern, dass sie zügig die aus dieser Entscheidung folgenden gesetzgeberischen Konsequenzen ziehen. Laut Dirnberger muss die Grundsteuer so bald wie möglich eine neue rechtssichere und nachvollziehbare Grundlage erhalten. Das Bundesverfassungsgericht überlässt die Entscheidung über ein konkretes Re- (Fortsetzung auf Seite 4)

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wohnungsbaupolitische Dialog in München

„Ist bezahlbarer Wohnraum in (teuren) Ballungsräumen möglich?“ Diese drängende Frage wird auf dem 1. Wohnungsbaupolitischen Dialog am 4. Mai 2018 im „skygarden des forum baucultur“ in München erörtert und bejaht. Dazu zeigen ausgewiesene Fachleute praxisnahe Lösungsansätze auf.

Wie rasch und preiswert bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann, erläutern Eberbergs Landrat Robert Niedergesäß, Norbert Seidl, 1. Bürgermeister von Puchheim, Ing. Mag. Dr. Karin Zauner-Lohmeyer Bakk.phil., Markus Ostermaier, Brigitte Keller, Dr. Christoph Maier und Theresa von Hassel.

Die Tagung wird von Bayerischer GemeindeZeitung und baucultur projekt gemeinsam durchgeführt.

Infos unter: www.gemeindezeitung.de/wohnungsbaupolitisch-dialog

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

CSU schafft Straßenausbaubeiträge ab

Gute Nachrichten für alle Hausbesitzer und Eigentümer: Die Rechtsgrundlage zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen soll rückwirkend zum 1.1.2018 abgeschafft werden. Dies hat die CSU-Landtagsfraktion beschlossen.

Beiträge, die bis zum 31. 12. 2017 rechtskräftig zu bezahlen sind, müssen allerdings gezahlt werden. Auch werden keine Beiträge rückerstattet. Für Vorauszahlungen, bei denen der endgültige Beitrag noch nicht festgesetzt ist, wird eine Sonderregelung geschaffen. Kommunen dürfen eingenommene Vorauszahlungen behalten, wenn die Straße bis zum 31. 12. 2024 endgültig technisch fertig gestellt wird und eine fiktive Abrechnung des endgültigen Beitrags erfolgt ist. Bereits in dieser Woche wird der Gesetzentwurf der CSU im parlamentarischen Verfahren behandelt.

Kommunen bleiben nicht im Regen stehen

„Mit unserem Gesetzentwurf werden wir die Eigentümer entlasten und die Kommunen nicht im Regen stehen lassen“, unterstrich CSU-Fraktionschef Tho-

mas Kreuzer. Die Freien Wähler teilten mit, dass sie an ihrem Volksbegehren zur Abschaffung der Beiträge festhalten wollen, da der CSU-Entwurf unzureichend sei. Sie fordern unter anderem, dass Beiträge rückwirkend bis 1. 1. 2014 erstatet werden.

Städte und Gemeinden brauchen Rechtssicherheit

„Nach den verwirrenden Diskussionen um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die vielfach für Unsicherheit gesorgt haben, brauchen die Städte und Gemeinden endlich Rechtssicherheit. Es ist aber nicht auszuschließen, dass die Abschaffung der als ungerecht empfundenen Straßenausbaubeiträge bei einzelnen Betroffenen neue Ungerechtigkeitsgefühle auslöst“, hob der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, in einer ersten Reaktion hervor.

Die Regelungen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge dürften nicht die Illusion wecken, dass der Straßenausbau die Bürger nichts mehr kostet. Die Städte und Gemeinden benötigten eine sichere Finanzierung des Straßenausbaus. Da die Kosten künftig nicht mehr anteilig über Straßenausbaubeiträge von betroffenen Grundstückseigentümern mit getragen werden, werde dies über den allgemeinen Steuertopf finanziert. Wenn die Eigentümer nicht mehr mit herangezogen werden, zahlten letztlich alle Bürger.

„Wir werden den Gesetzentwurf jetzt genau prüfen, denn bei der finanziellen Kompensation sind viele Details zu berücksichtigen. Je genauer man die Einzelfälle in der Praxis betrachtet, desto mehr Fragen werfen



„Ein guter Tag für Bayern, für Franken und für Würzburg“, sagte Ministerpräsident Dr. Markus Söder anlässlich der Eröffnung der Landesgartenschau 2018 in der unterfränkischen Metropole. Unser Bild zeigt v. l.: Roland Albert, Vorsitzender der Bayerischen Landesgartenschau-Gesellschaft, US-Generalkonsulin Jennifer Gavito, Ministerpräsident Söder, Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Umweltminister Dr. Marcel Huber. Vgl. Bericht auf Seite 10.

Bild: Milena Schlosser

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Pflegepaket für Bayern	2
Deutscher Pflageatag: Ruf nach Masterplan	2
Streit um kommunalen Datenhandel	2
Vollversammlung des Bayerischen Jugendrings	3
GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel:	
Wie möchten Menschen leben?	3
Verbautes Land?	3
Social Media im Wahlkampf	3
Kommunale Energiethemen	5-8
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Deutscher Pflegetag in Berlin:

Ruf nach Masterplan

„Teamarbeit – Pflege interdisziplinär“ lautete das Motto des Deutschen Pflegetags in Berlin. Über 8.000 Besucher diskutierten über Themen wie Personalausstattung, Qualität in der Pflege, Interessensvertretung oder Digitalisierung.

Ob Fachkräftemangel, Betreuungskosten oder angemessene Qualität in den Krankenhäusern und den pflegerischen Herausforderungen in der Pflege bewältigen zu können, müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen. „Unser Beruf muss wieder attraktiver werden, wir müssen den wachsenden Personalbedarf quantitativ und qualitativ bewältigen“, betonte Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR). „Dafür braucht es auch eine Zusammenarbeit nicht nur zwischen den Pflegedisziplinen selbst, sondern zwischen allen Gesundheitsberufen.“

Höchste Priorität

Wagner zufolge müssen die neue Bundesregierung und der neue Gesundheitsminister Jens Spahn der Pflegepolitik die höchste Priorität zuordnen: „Diese Legislaturperiode wird

darüber entscheiden, ob wir die Krise in der Pflege bewältigen und den pflegerischen Herausforderungen der Zukunft begegnen können. In der Pflege wurde in der letzten Legislaturperiode viel an wichtigen und richtigen Reformen umgesetzt – die Lage der beruflich Pflegenden wurde dabei allerdings stark vernachlässigt.“

Potenzial im neuen Koalitionsvertrag

Mit Blick auf die professionell Pflegenden, so Wagner weiter, biete der Koalitionsvertrag durchaus Potenzial, wie beispielsweise der präventive Hausbesuch oder das Ziel, flächendeckend eine gerechte Vergütung in der Pflege zu schaffen. Für die Bewältigung der Zukunftsaufgabe Pflege brauche es in dieser Legislaturperiode aber wesentlich konkretere Schritte, „nämlich ein Gesamtkonzept, einen Masterplan, der das bisherige Drehen an einzelnen Stellschrauben ersetzt. Ein solcher Masterplan muss mit den relevanten Akteuren und unter Beteiligung aller für die Pflege relevanten Regierungsressorts entwickelt werden.“

Aktuelle Zahlen aus dem Pflege-Thermometer, die auf dem Deutschen Pflegetag von Professor Michael Isfort, stellvertretender Leiter des Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP), präsentiert wurden, unterstreichen den Handlungsbedarf in der Pflege: „Die Ergebnisse des Pflege-Thermometers 2018 zeigen auf, unter welchem enormen Druck die teil- und vollstationären Einrichtungen stehen. Die bisherigen Pflegereformen haben vor Ort bisher nicht zu einer substanziellen und nachhaltigen Verbesserung geführt. Die Politik ist daher aufgerufen, den Weg des ‚Kleinklein‘ zu verlassen und durch mutige Reformen die Dauerkrise in der Pflege zu beenden und die sich verschärfende Fachkräfteproblematik zu lösen.“

71 Prozent der befragten Einrichtungen geben laut der bundesweiten, repräsentativen Studie an, dass bei ihnen Wartelisten auf vollstationäre Langzeitpflegeplätze bestehen. Lediglich

38 Prozent beurteilen das Angebot der vollstationären Pflege in ihrer Region als (voll)umfänglich gesichert. Der Fachkräftemangel wird dabei von den Einrichtungen als Nadelöhr der Entwicklung gesehen: 81 Prozent beurteilen die Bewerberlage insgesamt als unzureichend, 84 Prozent haben Schwierigkeiten, offene Stellen zeitnah zu besetzen, 83 Prozent beobachten eine Abnahme der Qualität der Bewerbungen.

Die befragten Leitungskräfte beobachten gegenüber dem Vorjahr steigende Belastungen für die Mitarbeitenden, was sich in einer Erhöhung der Krankheitsdauer (43 Prozent), der Erhöhung der Krankheitstage (41 Prozent) und der Krankheitschwere (31 Prozent) sowie der Steigerung der Anzahl der geleisteten Überstunden (28 Prozent) ausdrückt.

„Die Pflege wird eines der ganz großen Themen der neuen Bundesregierung“, machte Bundesgesundheitsminister Spahn deutlich. Die Pflege lasse die Menschen jeden Tag spüren, „wo das deutsche Gesundheits- und Pflegesystem gut funktioniert, aber auch, wo Probleme liegen“. Er, Spahn, wolle mit der Pflegebranche zusammenarbeiten – offen, konstruktiv, auch kontrovers, aber mit dem gemeinsamen Ziel: etwas für die Pflegebedürftigen, für die pflegenden Angehörigen sowie die Pflegekräfte zu erreichen.

Pflegeberufe attraktiver machen

In den vergangenen Jahren sei vieles erreicht worden – die erweiterten Leistungen der Pflegeversicherung, die Verdoppelung der Zahl der Betreuungskräfte in Pflegeeinrichtungen oder die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen. Zu seinen ersten Aufgaben gehöre es, das bereits beschlossene Gesetz zur

CSU schafft Straßenaus...

(Fortsetzung von Seite 1) sich die Frage nach der Gerechtigkeit.

Prinzipiell begrüßt der Bayerische Gemeindegtag den von der CSU-Landtagsfraktion vorgelegten Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, enthalte er doch immerhin einen geordneten Übergang von der beitragsfinanzierten hin zur steuerfinanzierten Lösung sowie Kompensationsregelungen für die Gemeinden. Der Verband wird nach eigenen Angaben den Gesetzentwurf kritisch prüfen und konstruktive Vorschläge dazu unterbreiten. Darüber hinaus werde zu diskutieren sein, wie spezielle Fallgestaltungen in den Gemeinden rechtstechnisch in den Griff zu bekommen sind. So werde es Fälle geben, in denen Gemeinden, die in einer frühen Planungsphase waren, zwar die nutzlosen Planungskosten ersetzt bekommen, nicht aber die aufgelaufenen Baukosten.

Wie Dr. Franz Dirmberger, Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindegtags, betonte, „hat die Politik anders entschieden, als es die Mehrheit der Bayerischen Gemeinden, Märkte und Städte gewollt hat. Grundstückeigentümer werden entlastet, alle Bürger gemeinsam werden nun mehr belastet.“ Wie stark diese Belastung letztlich ausfallen wird, hänge von der Höhe der bereitgestellten Mittel für die Kompensation der gemeindlichen Straßensanierungsmaßnahmen durch den Freistaat Bayern ab. **DK**

Reform der Pflegeberufe umzusetzen, erklärte Spahn. Die dafür nötige Verordnung werde nun zeitnah kommen.

Eines der zentralen Ziele ist aus Spahns Sicht, Pflegeberufe attraktiver zu machen. Dazu gehörten ausreichend Ausbildungsplätze sowie gute Perspektiven im Bereich der Pflege. Es gebe ein breit gefächertes Angebot an Ausbildungsberufen.

Die Ausdifferenzierung reiche von der Hilfskraft bis zu Akademikerberufen mit jeweils eigenen Fähigkeiten und Begabungen. Wichtig sei es, „jeden einzelnen Beruf für sich wertzuschätzen und sich nicht nur auf die Aka-

demisierung zu fokussieren“.

Bei der Bezahlung der Pflegekräfte will der neue Minister zu einer „regelhaften und idealerweise allgemeinverbindlichen Tarifbezahlung“ kommen. Die Allgemeinverbindlichkeit sei eine Herausforderung, würde jedoch auch das Signal senden: Den Pflegeberufen wollen wir als Gesellschaft wertschätzen und „dann auch entsprechend bezahlen“.

Möglichkeiten der Entbürokratisierung suchen

Ebenfalls wichtig bleibe das Thema der Personalbemessung. Grundsätzlich solle die Organisation des Personals „in der be-

triebswirtschaftlichen Verantwortung der Träger“ bleiben, hob Spahn hervor. Gleichzeitig solle das Geld, was für die Pflege vorgesehen ist, auch als Pflege beim Patienten ankommen. Es dürften nicht nur Bereiche vernünftig ausgestattet sein, die Umsatz bringen.

Spahn rief dazu auf, gemeinsam nach Möglichkeiten der Entbürokratisierung zu suchen. Es gebe Verfahren, bei denen Aufwand und Ertrag nicht in einem angemessenen Verhältnis stehen. Weniger Bürokratie bedeute aber auch den Mut, für diese Freiräume im positiven Sinne auch Verantwortung zu übernehmen. **DK**

Pflege-Paket für Bayern

Ein umfassendes Pflege-Paket für Bayern hat die Staatsregierung auf den Weg gebracht. Für Ministerpräsident Dr. Markus Söder ist Pflege eine Frage der sozialen Sicherheit. „Wir wollen, dass jeder Mensch sein Leben in Würde leben kann. Wir werden sowohl pflegebedürftige Menschen als auch die Pflegenden deutlich stärker als bisher unterstützen“, betonte Söder.

Das neue Pflegepaket umfasst folgende Leistungen:

- Pflegebedürftige ab dem 2. Pflegegrad bekommen jährlich 1.000 Euro. Die erste Auszahlung ist für den Spätsommer geplant. Es profitieren schätzungsweise 360.000 Anspruchsberechtigte von dieser neuen Leistung.
- Aufgaben, die bisher auf verschiedene Stellen verteilt sind, werden effektiv in einem eigenständigen bayerischen Landesamt für Pflege gebündelt. Dazu gehören insbesondere pflegefachliche Themen, aber auch die Hospiz- und Palliativversorgung und zukünftig auch der Vollzug des Landespflegegelds. Dadurch ist sichergestellt, dass die Hilfe besser bei den

Menschen ankommt. Das neue Landesamt soll ab Sommer 2018 aufgebaut werden.

- Die Versorgungsangebote für schwerstkranke und sterbende Menschen sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppelt werden.
- Der Freistaat fördert mit 60 Millionen Euro jährlich 1.000 stationäre Pflegeplätze. Das betrifft sowohl die Fortentwicklung bestehender wie auch die bedarfsgerechte Schaffung neuer Plätze. Außerdem sollen pflegende Angehörige durch mehr Flexibilität entlastet werden: Bayern fördert Kurzzeitpflegeplätze mit weiteren 5 Millionen Euro jährlich. Dadurch können mindestens 500 neue Plätze für die Kurzzeitpflege geschaffen werden.
- Pflegekräfte leisten täglich besonders wertvolle Arbeit für die Menschen. Sie sind eine unverzichtbare Stütze der Gesellschaft. Alle Verantwortlichen müssen mehr tun, damit Pflegekräfte eine qualitativ hochwertige Ausbildung, attraktive Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die ihrer wichtigen Tätigkeit entsprechende Wertschätzung erhalten. Deshalb fordert der Freistaat Bayern den Bund auf, gemeinsam mit den Tarifpartnern dafür zu sorgen, dass in der Altenpflege flächendeckend nach Tarif bezahlt wird. **DK**

Vorschlag des DStGB:

Streit um kommunalen Datenhandel

Die Kommunen verfügen über umfangreiche Daten ihrer Einwohner. Nun brachte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, die Idee ins Spiel, diese Daten an private Unternehmen anonymisiert weiterzugeben. Kritiker warnen indes vor unzulässigen Rückschlüssen auf Einzelpersonen.

„Auch die Städte und Gemeinden müssen sich noch mehr klar machen, dass Daten das Öl des 21. Jahrhunderts sind und sich damit wichtige Einnahmen erzielen lassen“, sagte Landsberg der „Rheinischen Post“. Er schlug ein „Konzessionsmodell“ vor, wonach private Unternehmen mit den Daten der Kommunen arbeiten und dafür bezahlen könnten. Die Einnahmen sollten den Bürgern zugutekommen. Die Kommunen, die über wertvolle Datensätze verfügten, sollten diese in anonymisierter Form zur Verfügung stellen und selbst zum Vorteil der Bürger nutzen, um die Lebenssituation in der Kommune zu verbessern.

Der DStGB bezieht seinen Vorschlag dabei explizit nicht auf die Weitergabe von personenbezogenen oder schutzwürdigen Daten. Auch eine Weitergabe aggregierter, anonymisierter Datenbestände zu Einwohnern, wie sie etwa (rechtlich zulässig) von der Deutschen Post praktiziert wurde, ist nicht Bestandteil des Vorschlags.

Der überwiegende Anteil von Daten, die in Kommunen anfallen, sind personenunabhängige Datenbestände – unter anderem Klimadaten, Katasterdaten, Geodaten, Emissionswerte. Daten zur Lärmbelastung, zur Mobilitätsanalyse oder zur Belastung der Kanalisation bei Starkregen können von kommerziellem Interesse für Unternehmen sein. Hier ist es Ziel des DStGB, dass die Kommune selbst entscheiden kann, ob, wann, an wen und zu welchen Bedingungen – gegebenenfalls auch entgeltpflichtig – sie diese Datenbestände weitergibt. In dem Moment, in dem diese Daten für ein kommerzielles Interesse genutzt

se Geo-Daten über Open-Data-Portale immer häufiger kostenfrei zur Verfügung. Diese Daten könnten dann von Privatpersonen oder Unternehmen genutzt und aufbereitet werden. Solche Anwendungen böten für die Städte und ihre Bürger einen Mehrwert.

„Natürlich verursachen Open-Data-Angebote Aufwand und Kosten für die Kommunen. Aber sie stärken auch die Wirtschaftskraft von Unternehmen und sind Ausdruck für eine bürgernahe, partizipative und wirtschaftsfreundliche Kommune“, erklärte Dedy. Für die deutschen Städte sei der Schutz der personenbezogenen Daten ihrer Bürger ein kostbares Gut. Bei personenbezogenen Melde-Daten gälten strenge Vorschriften. Die kommunalen Meldebehörden seien gesetzlich verpflichtet, auf Anfrage Auskünfte aus dem Melderegister zu erteilen. Dedy: „Die Kommunen erheben für die Auskünfte aufwandsabhängige Gebühren und erzielen dadurch keine weiteren Einnahmen. Nahezu allen Formen der Übermittlung von Daten können die Bürger allgemein oder im Einzelfall widersprechen.“

„Die allein ökonomische Betrachtung personenbezogener Daten als ‚Öl des 21. Jahrhunderts‘ degradiert den Menschen zur Ware“, warnte die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff. „Auch wenn eine Nutzung von anonymen Daten aus datenschutzrechtlicher Sicht unproblematisch ist, warne ich davor, entsprechende Maßnahmen pauschal als unbedenklich abzustempeln. In heutigen Zeiten von Digitalisierung und Big Data existieren Möglichkeiten, auch vermeintlich anonyme und damit harmlose Daten so zu verknüpfen, dass plötzlich doch wieder Rückschlüsse auf einzelne Personen erfolgen können.“ **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Ballmann
97258 Hemmersheim
am 1.5.

Bürgermeisterin Ilse Oswald
94209 Regen
am 20.4.

Bürgermeister Karl Josef Ullrich
97903 Collenberg
am 22.4.

Bürgermeisterin Claudia Kappes
97909 Stadtprozelten
am 29.4.

Bürgermeister Otto Probst
94264 Langdorf
am 30.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Reinhard Preißinger
95517 Seybothenreuth
am 2.5.

Bürgermeister Armin Schärntl
92507 Nabburg
am 3.5.

Bürgermeister Thomas Schwarz
95158 Kirchenlamitz
am 20.4.

Bürgermeister Georg Els
85659 Forstern
am 27.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Bettina Bärmann
974647 Niederwerrn
am 1.5.

Bürgermeister Fritz Schötz
94353 Haibach
am 3.5.

Bürgermeister
Franz Heilmeyer
85375 Neufahrn
am 25.4.

Bürgermeister Bernhard Mücke
85445 Oberding
am 25.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ulrich Brey
93183 Kallmünz
am 2.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Herbert Lichtinger
94333 Geiselhöring
am 27.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Vollversammlung des Bayerischen Jugendrings:

Mehr Demokratie für Jugend wagen

Erfolgreiche kommunale Jugendpolitik ermöglicht wirkungsvolle Beteiligung auf Augenhöhe und soziale Teilhabe, schafft Freizeit und Freiraum und nimmt die Vielfalt junger Menschen wahr. Der Bayerische Jugendring (BJR) hat auf seiner Vollversammlung im schwäbischen Babenhausen die Kommunen aufgerufen, den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen mit besonderer Aufmerksamkeit zu begegnen. Eine gute, eigenständige Jugendpolitik stelle einen entscheidenden Standortfaktor für Gemeinden, Städte, Märkte und Landkreise dar.

„Jugendpolitik ist Querschnittspolitik und muss deshalb Chefsache sein“, heißt es in einem der zahlreichen Beschlüsse. Für eine eigenständige Jugendpolitik auf kommunaler Ebene gibt der BJR folgende Empfehlungen:

- Regelmäßige fach- und sachgerechte Jugendhilfeplanungen sind Impulsgeber für die Weiterentwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik von Städten, Gemeinden und Landkreisen.
- Jugendhilfeausschüsse befassen sich kontinuierlich und zielgerichtet mit der Lebenssituation und den Problemlagen junger Menschen. Sie beraten, unterstützen und fördern Städte und Gemeinden bei der Entwicklung einer Jugendpolitik auf kommunaler Ebene.
- Als Unterausschüsse von Stadt- und Gemeinderäten ergeben sich durch Jugendausschüsse konkrete Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in Kommunen.
- Jugendbeauftragte, aus der Mitte des Stadt- bzw. Gemeinderats gewählt, sind in allen Städten, Märkten und Gemeinden als Ansprechpartner für die Jugendpolitik zu benennen.
- Die Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten und -rechten für junge Menschen in den Kommunen ist auszubauen. Dafür formuliert der BJR klare Qualitätskriterien wie etwa Verbindlichkeit, Lebensnähe, Öffentlichkeit, Begleitung und konkrete Zielsetzungen.

Um dem Beteiligungsanliegen von Kindern und Jugendlichen eine kommunalrechtliche Grundlage zu verschaffen, fordert der Bayerische Jugendring die Ergänzung der Bayerischen Gemeindeordnung um einen Artikel zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Konkret sollten folgende Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen in der Bayerischen Gemeindeordnung verankert werden:

- Gemeinden bieten verpflichtende jährliche Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche an.
- Die Gemeinden legen Rechenschaft darüber ab, wie die Interessen junger Menschen bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt worden sind. Die Rechenschaftspflicht stärkt das Gefühl von Handlungswirksamkeit, stellt Verbindlichkeit her und erhöht die Transparenz.
- Junge Menschen haben das Recht, selbst Beteiligungsformate zu beantragen. Eigeninitiativen und situationsspezifische Beteiligung auch außerhalb eines festgeschriebenen Turnus wird damit möglich gemacht.
- Die Empfehlungen junger Menschen werden innerhalb von drei Monaten im Gemeinderat behandelt und machen das Verfahren damit zeitlich überschaubar und erfahrbar.
- Vertreter junger Menschen erhalten ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht im Gemeinderat.

Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt

Darüber hinaus hat sich die Vollversammlung für einen Perspektivwechsel im öffentlichen Diskurs über Flucht und Asyl ausgesprochen. „Statt negative Stereotypen zu produzieren und Ausgrenzung zu prägen“, sprachen sich die Delegierten dafür aus, die bayerische Migrationsgesellschaft für alle gerechter zu gestalten. Vielfalt in der deutschen Gesellschaft sei längst Realität und müsse für ein menschenfreundlicheres Klima in der Flüchtlingspolitik auch so anerkannt werden. Die Jugend-(verbands)arbeit Bayerns fordert eine „Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt und nicht ausschließlich von Defiziten, Problemen und Abgrenzung spricht“.

Auch plädiert das Gremium des BJR unter anderem dafür, die ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten anzuerkennen: mit einer professionellen, langfristigen Begleitung und ausreichender finanzieller Ausstattung, mit einer zukunftsorientierten Politik und einer positiven Berichterstattung. Statt das Augenmerk auf Abgrenzung und Abschottung zu legen, sollte die deutsche und europäische Außenpolitik gemeinsame Werte betonen und Menschen auf der Flucht Schutz geben. Geflüchtete Kinder und Jugendliche benötigen besonderen Schutz, unter anderem Freiräume und Entwicklungsmöglichkeiten. Dafür sei beispielsweise eine bessere Versorgung in Gemeinschaftsunterkünften notwendig.

Teilnahme an Bürgerversammlungen

Auch nicht volljährige Einwohner sollen nach Ansicht des BJR an Bürgerversammlungen teilnehmen dürfen. Da Jugendliche von Wahlen als der zentrale politischen Beteiligungsform ausgeschlossen sind, fordert die

Organisation zudem eine Wahlalterabsenkung auf allen Ebenen auf das 14. Lebensjahr. Bei allen Gesetzesvorhaben sei durch einen Jugend-Check zu prüfen, inwieweit deren Auswirkungen die Interessen und Belange junger Menschen berücksichtigen.

Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt

Darüber hinaus hat sich die Vollversammlung für einen Perspektivwechsel im öffentlichen Diskurs über Flucht und Asyl ausgesprochen. „Statt negative Stereotypen zu produzieren und Ausgrenzung zu prägen“, sprachen sich die Delegierten dafür aus, die bayerische Migrationsgesellschaft für alle gerechter zu gestalten. Vielfalt in der deutschen Gesellschaft sei längst Realität und müsse für ein menschenfreundlicheres Klima in der Flüchtlingspolitik auch so anerkannt werden. Die Jugend-(verbands)arbeit Bayerns fordert eine „Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt und nicht ausschließlich von Defiziten, Problemen und Abgrenzung spricht“.

Auch plädiert das Gremium des BJR unter anderem dafür, die ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten anzuerkennen: mit einer professionellen, langfristigen Begleitung und ausreichender finanzieller Ausstattung, mit einer zukunftsorientierten Politik und einer positiven Berichterstattung. Statt das Augenmerk auf Abgrenzung und Abschottung zu legen, sollte die deutsche und europäische Außenpolitik gemeinsame Werte betonen und Menschen auf der Flucht Schutz geben. Geflüchtete Kinder und Jugendliche benötigen besonderen Schutz, unter anderem Freiräume und Entwicklungsmöglichkeiten. Dafür sei beispielsweise eine bessere Versorgung in Gemeinschaftsunterkünften notwendig.

An Klimazielen festhalten

Die Bundesregierung wurde schließlich von der Vollversammlung dazu aufgefordert, an den nationalen Klimazielen für 2020 festzuhalten. Eine Re-

Hanns-Seidel-Stiftung stellte Studie vor:

Social Media im Wahlkampf

Lehrstuhl Political Data Science der Hochschule für Politik untersuchte Manipulationen durch Social Media bei der Bundestagswahl 2017

In Europa und den USA ist der politische Populismus auf dem Vormarsch. Als ein Grund wird immer wieder der von den populistischen Parteien geführte Wahlkampf genannt, der sich deutlich von dem der „etablierten“ Parteien unterscheidet. Wähler werden von den populistischen Parteien via Internet (de-)mobilisiert. Dabei spielen gerade die Social-Media-Kanäle und die dort stattfindende Beeinflussung mittels neuer, u.a. technisierter Kommunikationsformen eine zunehmend bedeutende Rolle. Ein Phänomen, das sich in den USA schon länger beobachten lässt und auch untersucht wird, in Deutschland aber vergleichsweise noch relativ jung und damit wenig erforscht ist.

Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) betrat daher Forschungs-Neuland und beauftragte den Lehrstuhl Political Data Science der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München bereits vor der Bundestagswahl 2017 mit Forschungen, um mehr über diese neuen Mechanismen und ihre Konsequenzen zu erfahren. Ziel war es, Social-Media-Plattformen genau zu beobachten und zu ermitteln, ob und inwieweit Manipulationen dort und damit auf die Wahlen insgesamt stattfanden. Dabei war es der HSS vor allem

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Seminar „Lebendige Ortsmitte“ während der „Ifh-intherm“ auf der Nürnberg-Messe zog sehr viele Besucher an. Viele Entscheider in Bayerns Kommunen verfolgen das Ziel, gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern in ihren jeweiligen Städten und Gemeinden ein Wohn- und Lebensumfeld zu gestalten, in dem die Menschen gerne leben, in dem sie zufrieden sind, sich wohlfühlen und auf das sie stolz sind.

So lautet eine der entscheidenden Fragen: Was macht die Menschen glücklich? Wie müssen sie leben können, dass sie sich wohlfühlen in jeder Lebensphase – Kinder, Alte, Kranke, Familien – in welcher Konstellation auch immer? Und was können/müssen die Kommunen dazu beisteuern in unserer digitalisierten und globalisierten Welt?

Wie möchten Menschen leben?

Die Referenten des Nürnberger Seminars boten hervorragende Beispiele dafür, wie erfolgreiche Kommunalpolitik auf den Fundamenten alter und veralteter Bausubstanz die Basis schaffen kann für zukunftsfähige Orts(kern)planung. Dafür nochmals herzlichen Dank an die Bürgermeister Johann Wiesmaier und Jens Korn, an Stadtbaumeisterin Barbara Schelle gemeinsam mit Michael Schulze, an Allianzmanager Holger Becker und Architekt Jakob Oberpriller. Sehr wertvoll waren auch die Erläuterungen von Matthias Simon – Referatsleiter für Bau- und Wasserrecht beim Bayerischen Gemeinderat – zu Strategien und Instrumenten für Ortskernrevitalisierung und Leerstandsmanagement.

Dabei zeigte sich einmal mehr, wie wichtig es ist, Entscheidungen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg zu treffen, sondern sie einzubeziehen und „mitzunehmen“. Nötig dazu ist neben hoher Fachkompetenz auch die Fä-

duzierung der Erderwärmung auf unter zwei Grad sei für die Lebensbedingungen für zukünftige Generationen weltweit von großer Bedeutsamkeit. Daher machten sich die Delegierten für einen konkreten Aktionsplan stark, der glaubwürdig macht, dass die Klimaziele eingehalten werden. DK

GZ KOLUMNE
Anne-Marie von Hassel



higkeit, solche Prozesse acht-sam zu moderieren.

Ob die Debatte um den behaupteten „Flächenfraß“ in Bayern dabei hilfreich ist, wage ich zu bezweifeln. Grundsätzlich macht es bestimmt Sinn, mit unserem Grund und Boden sorgsam umzugehen. Aber wie soll es möglich sein, bei streng limitierter Flächenzuteilung Schulen, Kindergärten, Wohnbebauung und Arbeitsplätze zu schaffen für eine ständig steigende Bevölkerung!

Nicht nur Bekassine, Wachtelkönig, Braunkehlchen, Wiesenpieper, Grauammer und Kiebitz brauchen Lebensraum; auch die Menschen haben ein Recht auf Licht, Luft, Freiraum und Sonnenschein. Das ist nicht alles mit „Nachverdichtung“ in alten Ortskernen zu schaffen, wenn es dort für Familien keine (privaten) Grünflächen gibt.

Dass heutzutage viele Menschen kleinere Wohneinheiten bevorzugen, um dort allein zu leben, wird unsere Gesellschaft in Zukunft noch vor vielfältige Probleme stellen.

Es ist die Frage, ob die Förderpolitik der vergangenen 70 Jahre so sinnvoll war. Steuervergünstigungen und Zuschüsse gab es nur, wenn bestimmte Quadratmeterzahlen nicht überschritten wurden. In solchen „Einfamilienhäusern“ wurde aber nur Platz geschaffen für zwei Generationen. Auf 100 oder 120 qm kann man keinen übrig gebliebenen Großvater gemeinsam mit Kindern und Eltern so unterbringen, dass Nähe gelebt werden und trotzdem jeder die Türe hinter sich schließen kann.

In Zeiten, in denen Frauen längst erfolgreich voll berufstätig sind, wären aber Großeltern, die sich um Enkelkinder kümmern können, nicht nur ein mitmenschlicher Gewinn, sondern in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eine Riesenentlastung.

Unser Seminar „Lebendige Ortsmitte“ befasste sich mit den Fragen, was Kommunen brauchen, um ihre Städte und Dörfer zu verschönern. Ein nächstes Thema sollte die Frage sein, wie die Menschen leben möchten. Die Menschen in ihren vielfältigen und sehr individuellen Bedürfnissen.

Ihre Anne-Marie von Hassel
Verlegerin der Bayerischen Gemeindezeitung

Gemeindetag widerspricht Bayerischem Rundfunk:

Verbautes Land?

Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Regionen des Freistaats haben gleichen Anspruch auf Wohnraum wie die Stadtbevölkerung

Der Bayerische Gemeinderat weist mit Nachdruck den Vorwurf des Bayerischen Rundfunks zurück, dass die Gemeinden und Städte in den ländlichen Regionen des Freistaats unnötigen Flächenverbrauch produzierten, indem sie Wohngebiete ausweisen würden, ohne dass hierfür Bedarf bestünde. Gemeinderatspräsident Dr. Uwe Brandl: „Es gilt der verfassungsrechtlich garantierte Anspruch auf gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen im gesamten Freistaat. Auch die Bevölkerung in den ländlichen Gegenden hat ein Recht auf ausreichenden Wohnraum – genauso wie die in den Umlandgemeinden der Ballungszentren und der Großstadtbevölkerung.“

In einer Pressemitteilung lässt Brandl mitteilen, dass es unredlich sei, den Gemeinden und Städten im ländlichen Raum zu unterstellen, sie würden das Land „verbauen“, ohne dass hierfür Bedarf bestehe. Kein Bürgermeister, kein Gemeinderat plane „ins Blaue hinein“ Wohngebiete. Das geschehe immer aufgrund entsprechender Nachfrage aus der Bürgerschaft. Brandl wies darüber hinaus darauf hin, dass die Aufstellung von Bebauungsplänen hohe Planungskosten verursache, die nicht leichtfertig ausgegeben werden.

Innenentwicklungs- und Flächenspargesetz gefordert

Um den Gemeinden und Städten endlich wirkungsvolle Rechtsinstrumentarien an die Hand zu geben, um längst vorhandenes Bebauungspotenzial im Innenbereich der Kommunen nutzen und gleichzeitig die freie Landschaft von Bebauung freihalten zu können, fordert der Bayerische Gemeinderat ein Innenentwicklungs- und Flächenspargesetz.

Dazu hat Bayerns größter Kommunalverband ein Positionspapier erarbeitet und kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Brandl: „Statt mit anklagendem Finger auf die ländlichen Gemeinden des Freistaats zu zeigen, täte der Bayerische Rundfunk gut daran, unsere konkreten Vorschläge aufzugreifen und sie der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Es braucht keine Schulzuweisungen, sondern eine konstruktive und ideologiefreie Diskussion, wie Wohnraum in Bayern geschaffen werden soll“, sagte der Präsident abschließend. □

stante Nutzung (im Durchschnitt 390 Mal am Tag) sowie eine verstärkte Verbreitung ab August 2017 fest, was u.a. darauf zurückzuführen war, dass viele Social Bots an der Verbreitung des Hashtags „#MerkelMussWeg“ beteiligt waren, fanden die Forscher heraus. Denn eine durchaus gängige Form der Manipulation besteht darin, durch besonders starke Aktivitäten in den sozialen Netzwerken Trends vorzutäuschen. Dadurch werden Algorithmen der Plattformen dazu verleitet, die entsprechenden Nachrichten auch anderen Nutzern vorzuschlagen mit der Folge einer lawinenartigen weiteren Verbreitung. Außerdem kann über solche vermeintlichen Trends Berichterstattung in den „traditionellen“ Medien generiert werden, weil Journalisten dem Thema eine vermeintlich hohe Bedeutung zumessen und darüber berichten.

Anstoß für breite gesellschaftliche Debatte

Die Vorsitzende der HSS, Ursula Männle, sagt zu den Motiven der Beauftragung der Studie „Social Media im Wahlkampf“: „Wir wollen mit der nun vorliegenden Studie einen Anstoß für eine breite gesellschaftliche Debatte über die Aufmerksamkeitsökonomie unserer Tage, über Onlinewahlkämpfe und neue antidemokratische Netzwerke, online wie offline, geben.“

Manipulativ Misstrauen schüren

„Wir konnten sämtliche Manipulationsformen auch beim Bundestagswahlkampf ausma-

chen“, erklärt Studienleiter Hegelich. „Allerdings blieben Ausmaß und vor allem die Wirkung der Manipulationen durch hyperaktive Nutzer, Bots, Trolls, Fake-News und Verschwörungstheorien – anders als in den USA und den Ereignissen der „Macron-Leaks“ in Frankreich – deutlich hinter den Befürchtungen einiger Experten zurück.“ Und dennoch: „Betrachtet man den Vertrauensverlust der etablierten Medien, insbesondere bei der Social Media affinen Gruppe der jungen Erwachsenen, dann ist nicht auszuschließen, dass solche Manipulationen, die auf Verunsicherung und Misstrauen in politische Institutionen zielen, eine Wirkung entfalten können.“

Verletzlichkeit der freien Meinungsbildung

Seine These ist, dass die Entwicklungen auch auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit zurückzuführen sind, der mit der digitalen Revolution verbunden ist. „Wenn Kategorien wie Kommunikation, Freundschaft, Vertrauen, Wahrheit und Diskurs nicht mehr dieselbe Bedeutung haben, wie in der Zeit vor Entstehen der Social Media, dann verändert das auch die Demokratie“, befürchtet Hegelich.

„Das Ergebnis der vorliegenden Studie muss also nachdenklich stimmen, zeigt es doch, wie verletzlich die freie Meinungsbildung als wichtiger Anker unserer Demokratie ist“, warnt Männle.

Download der Studie:
<https://www.hss.de/download/publications/SocialMediaHegelich.pdf> □

Neue Regierungspolitik ...

(Fortsetzung von Seite 1)

der geplanten Förderung in Höhe von 10 bis 12 Mrd. Euro aus Versteigerungserlösen gewährleistet werden. „Es ist unbestreitbar: Um dieses gerade für die ländlichen Räume sehr wichtige Ziel erreichen zu können, muss sich der Bund weiterhin in erheblichem Maße auf abgesicherter Grundlage finanziell engagieren, und zwar mit deutlich mehr Mitteln als bisher und vermutlich mit mehr als den zu erzielenden Versteigerungserlösen“, verdeutlichte der Präsident.

Wichtige Digitalisierungsvorhaben

Ein weiterer bedeutsamer Punkt ist Sager zufolge eine flächendeckende 5G-Mobilfunkversorgung, die gemeinsam mit Glasfaser Bedingung dafür sei, wichtige Digitalisierungsvorhaben bei Bildung, Gesundheit, Mobilität und in der mittelständischen Wirtschaft umzusetzen. Im Rahmen der Vergabe der Frequenzen für den Ausbau von Mobilfunknetzen der nächsten Generation müssten wirksame Auflagen zur flächendeckenden Versorgung vorgegeben werden. Eine digitale Spaltung von Stadt und Land sei von vornherein zu vermeiden.

Integration erfordert Durchhaltevermögen

Mit Blick auf die Flüchtlingspolitik meinte der DLT-Chef: „Die Integrationsaufgabe wird den Landkreisen noch viel Engagement und Durchhaltevermögen abverlangt. Es ist ein langer und im Regelfall steiniger Weg, schaut man auf mangelhafte Sprachkenntnisse, nicht verwertbare Bildungsabschlüsse oder nur rudimentäre Berufserfahrungen vieler zu uns kommenden Menschen. Hier gilt es, die gesamte kommunale Tatkraft einzusetzen, um diese Aufgabe bewältigen zu können.“

Andererseits erfordere Integration einen konsequenten Umgang mit denjenigen Menschen, die kein Bleiberecht besitzen. Laut Sager ist die Rückführung ausreisepflichtiger Personen auch Voraussetzung für die Akzeptanz von humanitärer Aufnahme und die Bereitschaft, Schutzsuchende hierzulande willkommen zu heißen und zu integrieren. Der Koalitionsvertrag enthalte hier konkrete Ankündigungen: So solle beispielsweise die Bearbeitung von Asylverfahren künftig in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen erfolgen. „Es wird darauf zu achten sein, dass Antragsteller grundsätzlich für die gesamte Dauer ihres Verfahrens dort untergebracht und – im Falle der Ablehnung ihres Antrags – auch von dort aus zurückgeführt werden. Nur Schutzsuchende mit gesicherter Bleibeperspektive dürfen auf die Kommunen verteilt werden. Integration und konsequente rechtsstaatliche Rückführung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.“

Besseres System zur Fachkräftezuwanderung

Neben einem gemeinsamen europäischen Asylsystem plädierte der Präsident für ein besseres System zur Fachkräftezuwanderung. „Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung, die sich deutlich von der humanitären Aufnahme der Flüchtlinge unterscheidet. Im ländlichen, mittelständisch geprägten Raum gibt es viele Hidden Champions und Handwerksbetriebe, die bereits heute nur schwer Fachkräfte finden.“ Voraussetzung einer solchen Zuwanderung seien Sprach-

kenntnisse, ein Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag sowie die Fähigkeit, den Lebensunterhalt eigenständig zu sichern.

Klar zu kritisieren sei demgegenüber, dass ein Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter im SGB VIII verankert werden soll. Gleichwohl dürfe man sich nichts vormachen: „Der Rechtsanspruch wird kommen. Wir erwarten daher, dass der Bund den Ländern die Gelder zur Verfügung stellt, die sie benötigen, um im Rahmen der bestehenden Konnexitätsverpflichtungen den mit den Ausbau- und Betriebskosten belasteten Kommunen jeweils die entstehenden Mehrausgaben zu erstatten“, hob Sager hervor.

Der Koalitionsvertrag jedenfalls kündige lediglich an, dass der Bund für den investiven Bereich 2 Mrd. Euro zur Verfügung stellen wolle. „Das lässt befürchten, dass es am Ende wie beim Ausbau der Kindertagesbetreuung darauf hinausläuft, dass die Kommunen auf erheblichen Kosten sitzenbleiben. Dann hätten die Kommunen einmal mehr den Schwarzen Peter eines bundesgesetzlich beschlossenen Rechtsanspruchs gezogen“, stellte der Verbandschef fest.

Augenfällig sei zudem, dass die Koalition keine Maßnahmen zur Stärkung der originären kommunalen Finanzausstattung vorsehe. Die Bundesregierung schlage stattdessen einen falschen Weg ein: „Anstelle einer Stärkung der originären kommunalen Finanzausstattung setzt sie auf die Etablierung und Fortführung von auftragengebundenen und nur teilfinanzierenden Förderprogrammen. An dieser Stelle hat der Koalitionsvertrag in seiner Umsetzung eher schädliche Wirkungen vor Ort.“

Wachsende Abhängigkeiten der Kommunen vom Bund

Zwar sei anzuerkennen, dass zum Teil erhebliche Geldbeträge zugunsten der Kommunen bereitgestellt werden sollen. „Allerdings darf dies nicht den Blick dafür verstellen, um welchen Preis. Denn der Bund sichert sich in nahezu allen kommunal-relevanten Bereichen erhebliche Einwirkungs- und Kontrollrechte bei kommunalen Aufgaben. Das bedeutet, dass die Abhängigkeiten der Kommunen vom Bund weiter wachsen.“

Obendrein würde den Kommunen womöglich noch weitere Steuerkraft entzogen, fuhr Sager fort: „Denn die Länder verfolgen offenbar das Ziel, den geplanten Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage in Frage zu stellen. Das wäre aus kommunaler Sicht nicht hinnehmbar, geht es dabei doch um eine seit Langem nicht mehr zu rechtfertigende Abschöpfung originärer kommunaler Einnahmen in Höhe von 3,5 Mrd. Euro jährlich. Hierauf müssen wir vor allem gegenüber den Ländern, aber auch dem Bund erhebliche politische Energie verwenden, um nicht vollends unter die Räder zu kommen.“

Beim Thema Entwicklung ländlicher Räume forderte Reinhard Sager eine kraftvolle Politik des Bundes ein. „Wir blicken erwartungsvoll auf die Legislaturperiode. Neben der immensen Unterstützung städtischer Strukturen muss die Entwicklung ländlicher Räume in diversen Bereichen vorangetrieben werden. Nach seinen Ankündigungen muss das Heimatministerium nun liefern. Es geht dabei um handfeste Strukturpolitik für 68 Prozent der deutschen Bevölkerung in den 294 Landkreisen.“ Insofern müsse der medial breit besprochene Heimatbegriff auf seinen sachlichen Kern zurückgeführt werden. Mit dem

neuen Ressortzuschnitt bestehe zudem eine gewisse Chance, die entsprechenden Politiken des Bundes besser zu koordinieren und integriert zu verfolgen. Dadurch könne neuer Schwung für eine effektivere Politik zur gleichberechtigten Entwicklung von Stadt und Land entstehen.

Landkreise als Wirtschaftsstandorte voranbringen

Dem Deutschen Landkreistag gehe es darum, die Landkreise als Wirtschaftsstandorte voranzubringen – um die Digitalisierung und Flexibilisierung von Angeboten, um den Ausbau des schnellen Internets, um die Sicherstellung des öffentlichen Nahverkehrs auf Straße und Schiene auch in entlegeneren Gebieten, um attraktives Wohnen, eine flächendeckende medizinische Versorgung und passende Förderanreize bei Unternehmensansiedlungen, unterstrich der Präsident. „In diesem Anliegen haben wir große Erwartungen und werden die neue Bundesregierung ebenso unterstützen wie in Bezug auf eine besser ausgestattete und inhaltlich erweiterte Gemeinschaftsaufgabe ‚Agrarstruktur und Küstenschutz‘ sowie eine Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘.“

Voraussetzung sei allerdings, dass diese Themen von der politischen Führung des Hauses mit hinreichendem Nachdruck vertreten und nicht in den Hintergrund gedrängt werden. „So kann es etwa gelingen, für die ländlichen Räume endlich zu einer besser abgestimmten Förderpolitik zu kommen, wo doch heute jedes Ministerium sei-

ne jeweiligen Programme auch als Konkurrenz zu denen anderer Ressorts versteht. Der Heimatminister kann über die neu gegründete Unterabteilung ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ auch die Demografiepolitik des Bundes vorantreiben und eine konsequente Dezentralisierungsstrategie in Bezug auf die Ansiedlung von Bundesbehörden in der Fläche verfolgen“, erklärte der Verbandschef. Im Kern werde es also darum gehen, eine Gesamtstrategie zur Entwicklung städtischer und ländlicher Räume zu verantworten.

Kannibalisierungseffekte vermeiden

Wichtig sei dabei – etwa mit Blick auf die Wohnungsbaupolitik, aber auch das anstehende neue gesamtdeutsche Förderprogramm –, die Maßnahmen bedarfsgerecht auf ländliche und städtische Räume auszurichten und dabei die gegenseitigen Wechselbeziehungen zu beachten. „Es darf nicht zu Kannibalisierungseffekten kommen, was bedeutet: Werden Förderkulissen sachlich oder gebietlich ausgeweitet, müssen auch die verfügbaren Mittel entsprechend erhöht werden. Eine Schlechterstellung ländlicher Räume muss in jedem Fall ausgeschlossen werden!“

Gleiches gelte für die geplante Einsetzung einer Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘: „Es muss an dieser Stelle schnell vorgehen: Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit. Die Einsetzung der Kommission darf nicht zu einem weiteren Zuwarten führen. Denn Zeit bis Mitte 2019 – dann sollen die Kommissionsergebnisse vorliegen – haben wir zum Angehen der Zu-

kunftsfragen in ländlichen Räumen nicht. Daher fordern wir, bereits vor Abschluss der Kommissionsarbeiten konkrete und mit Finanzmitteln unterstüzte Maßnahmen zu ergreifen“, formulierte der DLT-Präsident.

Flüchtlingsfrage europäisch lösen

„Die Flüchtlingsfrage muss europäisch gelöst werden“, hob der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber in seinem Gastbeitrag hervor. Die Bürger seien es leid, wenn sich Vertreter verschiedener politischer Ebenen den Schwarzen Peter zuschieben. Sie wollten Lösungen. Nach den Worten des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier ist die Integration der Flüchtlinge in Deutschland eine historische Aufgabe für die nächsten Jahrzehnte. Mit der deutschen Wiedervereinigung sei dies nicht zu vergleichen. Abgesehen von dem Solidaritätsbeitrag habe die Wiedervereinigung für die Menschen in Westdeutschland nur wenige Veränderungen gebracht. Flüchtlinge zu Mitbürgern zu machen, sei allerdings eine gesellschaftliche „Mammutaufgabe“, so Bouffier.

Hessens Innenminister Peter Beuth zufolge darf man die Kommunen bei der Zuwanderung und Integration nicht überfordern. Dies betreffe auch eine faire finanzielle Lastenverteilung. Es gelte, die Integrationsfähigkeit vor Ort zu erhalten. „Es als Chance begreifen, Architekt des ländlichen Raumes zu sein“, betonte seinerseits DSGV-Präsident Helmut Schleweis. Dazu zählten auch die öffentliche-rechtlichen Sparkassen. Ländliche Infrastruktur und Dezentralität müssten politische Schwerpunkte sein. **DK**

Aktuelle Grundsteuer ...

(Fortsetzung von Seite 1)

formmodell dem Gesetzgeber. Dieser hat allerdings die wesentlichen Entscheidungsgründe bei der anstehenden gesetzlichen Neuregelung zu berücksichtigen.

„Die Grundsteuer muss nun endlich auf eine neue gerechte und rechtssichere Grundlage gestellt werden“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. „Die Einnahmen von jährlich rund 14 Milliarden Euro bilden für Städte und Gemeinden die Grundlage für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben. Ohne diese Gelder wird das Zusammenleben vor Ort und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger gefährdet.“

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts kommt für uns nicht gänzlich unerwartet. Nicht umsonst haben wir bereits seit vielen Jahren eine Reform angemahnt und den Gesetzgeber immer wieder aufgefordert, diese wichtige Steuer auf eine neue Grundlage zu stellen. Es ist anzuerkennen, dass das Bundesverfassungsgericht den besonderen administrativen Aufwand einer neuen Wertermittlung gewürdigt und eine Fortgeltung von fünf Jahren nach Neuregelung festgelegt hat“, so Landsberg. Ein neues Grundsteuermodell müsse nun rasch beschlossen und eingeführt werden, aber auch rechtssicher sein.

Appell an die Bundesregierung

„Jahrelang haben die Kommunen eine Reform gefordert, jetzt werden Bund und Länder vom Verfassungsgericht dazu verpflichtet. Die Städte appellieren dringend an die Bundesregierung und die Länder, die gewährte knappe Frist zu nutzen.

Sie müssen sehr zügig eine neue gesetzliche Grundlage für die Grundsteuer schaffen und danach alle Grundstücke neu bewerten. Nur so können die jährlich 14 Milliarden Euro Steuereinnahmen der Kommunen gesichert werden“, stellte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, fest.

Gesetzliche Grundlage schaffen

Bund und Länder müssten jetzt umgehend die gesetzliche Grundlage schaffen, damit die Länder möglichst schnell mit der Neubewertung aller rund 35 Millionen Grundstücke in Deutschland beginnen können. Nur so könne noch erreicht werden, die Grundsteuer durchgängig zu erheben und vorübergehende riesige Steuerausfälle für die Kommunen zu vermeiden. Die Länder hätten bisher geschätzt, dass diese Reform sechs bis zehn Jahre braucht.

„Wir erwarten, dass die Länder in den Finanzämtern in großem Umfang zusätzliches Personal und Sachmittel bereitstellen, um die Arbeit fristgerecht zu schaffen“, bemerkte Dedy. „Und wir brauchen von Bund und Ländern eine Zusage, dass den Kommunen notfalls alle – auch nur vorübergehenden – Grundsteuer-Ausfälle vollständig ersetzt werden. Schließlich liegt es jetzt allein in der Verantwortung von Bund und Ländern, ob die längst überfällige Reform doch noch fristgerecht umgesetzt werden kann.“

Bundesrats-Modell

Der Deutsche Städtetag sieht eine geeignete Grundlage für eine Reform der Grundsteuer im Bundesrats-Modell aus dem Herbst 2016. Dieses Modell ließe sich nach Einschätzung kom-

munaler Steuerexperten zügig umsetzen, weil hierfür bereits ein ausgereifter Gesetzentwurf sowie detaillierte Maßnahmenpläne vorliegen. Folgen Bund und Länder diesem Vorschlag, würden unbebaute Grundstücke mit dem jeweiligen Bodenrichtwert bewertet. Bei bebauten Grundstücken käme der Wert des Gebäudes hinzu.

Maßvoll vom Hebesatzrecht Gebrauch machen

Dedy zufolge werden die Kommunen auch nach einer Reform auf dieser Basis maßvoll von ihrem Hebesatzrecht Gebrauch machen. Mit dem Modell des Bundesrates und den damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten von Land und Kommunen lasse sich die Aufkommensneutralität sicherstellen.

„Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist klar, dass die Grundsteuer nun zügig reformiert werden muss. Wir sind zu viele Jahre in diesem Thema nicht vorangekommen. Was wir erreichen müssen, ist ein gerechteres System der Grundstücksbewertung. Die Modelle dazu liegen auf dem Tisch. Es ist Zeit für Entscheidungen und nicht für erneute Grundsatzdiskussionen“, hob der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, hervor. Insofern seien die vorhandenen Alternativen anhand des Urteils auf ihre sachliche, zeitliche und politische Umsetzbarkeit zu prüfen. Grundlage sollte das Modell des Bundesrates sein, das sowohl die Vorgaben der Finanzministerkonferenz als auch kommunale Erwartungen erfülle.

Im Zuge einer Neuregelung der Grundsteuer müsse zunächst die Neubewertung der rund 35 Mio. Grundstücke und land- und forstwirtschaftlichen

Betriebe erfolgen. Bei unbebauten Grundstücken würde nach dem Modell des Bundesrates auf die Bodenrichtwerte abgestellt. Bei bebauten Grundstücken werde zusätzlich noch der Wert des Gebäudes erfasst, wobei die Art des Gebäudes und das Baujahr berücksichtigt würden. „Das wäre insgesamt gesehen gerecht und führte mit kommunalindividuellen Hebesätzen zu richtigen Ergebnissen. Ein Effekt wäre hierbei natürlich, dass Eigentümer unterbewerteter Immobilien nicht geschont werden würden, umgekehrt aber auch, dass für bislang überbewertete Immobilien weniger zu zahlen sein würde“, urteilte Henneke.

Mit dem Modell und den darin enthaltenen erweiterten Gestaltungs- und Differenzierungsmöglichkeiten von Land und Kommunen ließen sich die meisten der politisch nicht gewollten Belastungssituationen korrigieren bzw. zumindest deutlich entschärfen. Dies gelte sowohl für Belastungsschiede innerhalb einer Kommune als auch zwischen Kommunen sowie ebenso für die Wirkungen der reformierten Grundsteuer im reformierten Länderfinanzausgleich.

Eine einfache, faire und regionalisierte Grundsteuer

„Wir wollen eine einfache, faire und regionalisierte Grundsteuer. Bayern tritt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nach wie vor für eine Einfach-Grundsteuer ein, die für Bürger und Unternehmen transparent und unmittelbar nachvollziehbar ist“, stellte Bayerns Finanzminister Albert Füllacker fest. Die Grundsteuer soll ausschließlich nach physikalischen Größen, nämlich Grundstücksgröße und Geschossfläche, ermittelt werden. Diese Größen seien nicht streitanfällig und vermieden in Zeiten steigender Immobilienpreise eine Steuererhöhung durch die Hintertür, betonte der Minister.

Laut Füllacker sollen die Finanzämter bis zu einer Neuregelung weiter auf der Grundlage von Steuererklärungen die Bemessungsgrundlagen für die Grundsteuer feststellen, damit die Gemeinden nahtlos in die Grundsteuer nach den noch festzulegenden neuen Maßstäben erheben können. Die Grundsteuer soll den Gemeinden unter Wahrung ihrer verfassungsrechtlich garantierten Hebesatzautonomie auch in Zukunft als zuverlässige und planbare Einnahmequelle erhalten bleiben. Dies stärke die kommunale Selbstverwaltung.

Grundsätzliche Reform

Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer erwartet, dass die Entscheidung für eine grundsätzliche Reform genutzt wird: „Die Grundsteuer betrifft jeden: Mieter, Eigenheimbesitzer und Unternehmen. Unser Ziel bei der Reform der Grundsteuer ist es, Mehrbelastungen für Bürger und Betriebe zu vermeiden. Gerade auch die Förderung von bezahlbarem Wohnraum und Eigenheimen für Familien gelingt nur bei einer vernünftigen und vorhersehbaren Grundsteuer.“

Pschierer hob in diesem Zusammenhang die Vorzüge des bayerischen Reformkonzepts hervor: „Eine wertunabhängige Einfach-Grundsteuer wäre die Ideallösung. Unser Konzept wäre einfach und schnell umzusetzen und würde genau die Transparenz und Rechtssicherheit herstellen, die wir brauchen. Wir wollen uns darüber hinaus für die Regionalisierung der Grundsteuer einsetzen. Damit lassen sich Steuererhöhungen in Bayern am sichersten vermeiden.“ **DK**



Von links: Landrat Anton Speer, Andreas Schurli (Energiemanager Energiewende Oberland), Richard Hufnagl und Birgit Lechner (Verbraucherzentrale), Arno Nunn (Bürgermeister Oberammergau), Titan Götz, Karl Pirker, Simon Kozłowski (drei Studenten der Hochschule München), Ilkkan Karatasch (Kompetenzzentrum GAP), Florian Diepold-Erl (Klimaschutzmanager Landkreis GAP), Hubert Mangold. Bild: Beate Berger

CSU-Arbeitskreis Energiewende:

Ad hoc-Empfehlungen für Bayern

Im Auftrag der CSU-Landtagsfraktion hat der AKE energiepolitische ad hoc-Vorschläge „für eine schnelle und öffentlichkeitswirksame Initiierung in Bayern“ ausgearbeitet. Der Fokus ist dabei auf das Marktanzreizprogramm, die Wasserkraft, die Energieagenturen und die staatlichen E.ON-Anteile gerichtet.

Erster Vorschlag: Das Marktanzreizprogramm der Bundesregierung soll im gleichen Umfang aus Mitteln des Freistaats Bayern aufgestockt werden. „Im Marktanzreizprogramm“, so heißt es in der Begründung, „werden viele Projekte für den Einsatz erneuerbarer Energien gefördert. Als Beispiel sei der Ausbau von Wärmenetzen genannt, bei deren Ausbau Bayern im Bundesländervergleich erheblich hinterherhinkt. Wärmenetze sind jedoch ein wichtiger Beitrag zum Gelingen der Energiewende und eine der ganz wenigen Möglichkeiten, vielen Bürgern Bayerns – insbesondere in Ballungsgebieten und Ortskernen – Wärme aus erneuerbaren Energien in ausreichenden Mengen und zu vertretbaren Preisen bereitzustellen.“ Der Ausbau von Wärmenetzen scheitert oft an den hohen Investitionskosten. Gerade die bayerischen Kommunen würden von einer solchen Förderung profitieren, indem mehr Projekte für die Energiewende aufgegriffen bzw. umgesetzt werden können.

Die Umsetzung gestaltet sich aus Sicht des AKE einfach, da sich das Bayerische Aufstockungsprogramm an die Förderrichtlinien und das Antragsverfahren des Bundes anhängen kann. Mit einem solchen bayerischen Aufstockungsprogramm könnten hohe Fördersummen des Bundes nach Bayern gelenkt und Bayern dadurch in der Energiewende weiter nach vorne gebracht werden. Dieser Maßnahme liege ein mit großer Mehrheit positiv beschiedenes Parteitagsvotum aus dem Jahr 2017 zu Grunde.

Wasserkraft stärken

„Wasserkraft sichern und stärken“ lautet eine weitere Empfehlung. Laut AKE hat die Wasserkraft in Bayern traditionell einen hohen Stellenwert. Mit einem Anteil von 34,4 % an der regenerativen Stromerzeugung (2016) sei die Wasserkraft die in Bayern wichtigste erneuerbare Energieform. Seit Jahrhunderten stelle sie eine genutzte und gewohnte Form der Energiegewinnung dar. „Es gilt, die Wasserkraftkapazitäten in Bayern zu sichern und weiter auszubauen, wobei Ökologie und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen zukunftsfähig gemacht werden sollen.“

Die Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und erleichtert werden. Überzogene und existenzbedrohende Auflagen gelte es im Sinne der Planungs- und Investitionssicherheit zu verhindern. Beim Ausbau sollten moderne Kleinwasserkraftanlagen, das

Repowering von Bestandsanlagen und der Neubau von größeren Kraftwerken umgesetzt werden, ohne dass dabei Anforderungen an die ökologische Verträglichkeit eingebüßt werden. Der Freistaat sollte ein Förderprogramm zur Modernisierung und möglicher Erweiterung der Wasserkraft auflegen.

Darüber hinaus gelte es, die Energieagenturen in Bayern zu optimieren und weiter zu fördern. Begründet wird diese Forderung damit, dass am 31. Dezember 2018 diese Grundsätze zur Förderung der Gründung und des Betriebs von Energieagenturen in Bayern außer Kraft treten. Der AKE schlägt vor, diese Förderung zeitnah zu verlängern. Derzeit gibt es elf Energieagenturen, von denen jeweils nur fünf unterstützt werden. An dem Ziel der Förderung von 18 Agenturen müsse festgehalten werden.

Blick auf Energieagenturen

Ebenso sei zu prüfen, inwieweit die Förderung des Betriebs von Energieagenturen ausgebaut werden kann. Hierbei sollten auch Möglichkeiten geschaffen werden, bestehende Agenturen an der Förderung zu beteiligen. Zudem gelte es zu prüfen, ob der Aufbau einer übergeordneten zentralen Dach-Energieagentur auf Landesebene, die als Schnittstelle zwischen Forschung, Politik und Umsetzung vor Ort agiert, sinnvoll ist. Energieagenturen leisteten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende in den Kommunen. Auch für den gewerblichen Bereich sollten die Energieagenturen Beratungsleistungen erbringen können.

Abschließend wird vorgeschlagen, die E.ON-Beteiligung des Freistaats zu verkaufen. Der AKE begrüßt die vom ehemaligen Staatsminister Markus Söder ins Spiel gebrachte Anteilsveräußerung der staatlichen E.ON-Anteile und schlägt vor, die freiwerdenden Finanzmittel zur Bildung eines kombinierten „Bayerischen Wohnungsbau- und Energiefonds“ zu verwenden, aus dem der staatliche und kommunale Wohnungsbau in Kombination mit Maßnahmen zur Energiewende unterstützt werden soll. Auf diese Weise könne der dringende Bedarf im sozialen Wohnungsbau gedeckt und gleichermaßen ein wichtiger Beitrag zur Energiewende geleistet werden. Darüber hinaus sollten kommunale Energiewendeprojekte unterstützt werden, so z. B. für wegweisende Projekte in der systemisch-vernetzten Sektorenkopplung. DK

Klimafrühling Oberland ein voller Erfolg

Positives Fazit nach drei Wochen mit 76 Veranstaltungen

Nach dem ersten Klimafrühling Oberland 2018 ist vor dem Klimafrühling Oberland 2019, denn die 76 Veranstaltungen in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen machen Lust auf mehr. Beide Landräte Josef Niedermaier und Anton Speer freuen sich über die große Resonanz und die Klimaschutzmanager Andreas Süß und Florian Diepold-Erl sind mit dem Verlauf der drei Wochen hoch zufrieden.

Auf Initiative des Beirats Energie und Klimaschutz der Zugspitzregion wurde der Klimafrühling ins Leben gerufen. Vor allen Dingen im Bereich Marketing, Markenentwicklung und Netzwerkarbeit war die Zugspitzregion Sponsor und ideeller Partner des Klimafrühlings.

„Der Klimafrühling Oberland bietet für alle regionalen Akteure eine hervorragende Vernetzungsmöglichkeit. So können die großen Herausforderungen beim lokalen Klima- und Umweltschutz künftig gestärkt und wenn möglich gemeinschaftlich angegangen werden“, sieht Landrat Josef Niedermaier positive Effekte.

Unter dem Motto „Gemeinsam. Verantwortung. Hier!“ zeigten die Veranstalter der einzelnen Programmpunkte, wie Klimaschutz funktionieren kann. 2.000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Vorträge, Exkursionen, Workshops und Filmvorführungen zu Themen wie zukunftsfähige Mobilitätsformen, Energiesparen, erneuerbare Energien, Plastikvermeidung und Klimaschutz in der Landwirtschaft.

Sowohl mit der Besucherzahl als auch mit den Veranstaltungsbeiträgen zum Klimafrühling waren die Initiatoren des Klimafrühlings Andreas Süß, Klimaschutzmanager des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, und sein Kollege aus dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen, Florian Diepold-Erl, sehr zufrieden. Insgesamt beteiligten sich 62 Vereine, Stiftungen, Genossenschaften, Unternehmen, Privatpersonen, kirchliche Einrichtung oder Kommunen mit Veranstaltungen am Klimafrühling Oberland.

Dass die Energiewende und Klimaschutz von „unten“ beginnt und umgesetzt wird, kann man in der kleinsten Gemeinde des Landkreises Garmisch-Partenkirchen anschaulich sehen. Bürgermeister Mangold versucht zusammen mit seinem Gemeinderat konsequent nachhaltige Projekte von der Energieversorgung bis zur Mobilität umzusetzen. „Dass der Klimawandel kein Märchen ist, das haben wir selbst erfahren müssen“, so Mangold. 2016 war eine Riesensumme in der Gemeinde abgegangen und der Berg ist noch nicht ruhig.

Ein Dorf voller Energie

Was eine Kommune alles für den Klimaschutz machen kann, präsentierte die Gemeinde bei der voll besetzten Veranstaltung „Ein Dorf voller Energie“ im Rahmen des Klimafrühlings: Das Rathaus ist ein Vorzeigeprojekt in Sachen „Auf dem Weg zum Nullenergiehaus“. Ein neuer Dorfladen sorgt dafür, dass die Grafenashauer weniger Besorgungsfahrten erleben müssen, ein Wander-e-Auto, das jeder kostenfrei ausleihen darf, bringt die Begeisterung für die E-Mobilität in die Region und die Gemeinde ist Gesellschafter der Ammer-Loisach-Energie, dem regionalen Stromversorger.

Auch eine Vision für die Kommune wurde vorgestellt: Studenten der Hochschule München skizzierten den Weg, den Grafenashauer in Zukunft beschreiten könnten um vollkommen unabhängig von jeglicher Stromversorgung zu werden.

Die Fülle des Engagements in unserer Region ist wichtig und



Von links: Andrea Seestaller und Ilkkan Karatasch vom Kompetenzzentrum eGAP, Bürgermeister Hubert Mangold (Schwaigen-Grafenashau), Matthias Nesslauer (Ammer-Loisach-Energie), Florian Diepold-Erl (Klimaschutzmanager Landkreis Garmisch-Partenkirchen). Bild: Beate Berger

Grafenashau testete sechs Wochen das Wander-e-Auto

Ende Februar übergab die Gemeinde Wallgau das Wander-e-Auto an Grafenashaus Bürgermeister Hubert Mangold, der als Vorsitzender des Beirats Energie und Klimaschutz im Landkreis Garmisch-Partenkirchen das Wander-e-Auto mit initiiert hat. Das Projekt ist schon jetzt eine kleine Erfolgsgeschichte.

„Das Auto war quasi jeden Tag ausgebucht“ so Florian Neuner, der in der Gemeinde Wallgau die Ausleihe koordiniert hatte. Jeder konnte mitmachen und sechs Wochen lang eine elektrische Mercedes-Benz B-Klasse Probefahren und testen. Die Gemeinde hatte das Fahrzeug für Dienstfahrten in ihrem Fahrzeugpool

und stellt es den Bürgern sowie Gästen für halbe oder ganze Tage oder über Wochenenden zur Verfügung.

Car-Sharing-Idee

Neben der Elektromobilität sollte der Bevölkerung so auch der Gedanke von Car-Sharing nähergebracht werden. „Ein Elektrofahrzeug ist eine ideale Ergänzung für den Fuhrpark von Verwaltungen und Unternehmen, vor allem wenn diese Fahrzeuge außerhalb der Geschäftszeiten und am Wochenende der Bevölkerung zur Verfügung stehen“, so Mangold.

Auf Initiative des Beirats für Energie und Klimaschutz Zugspitz Region GmbH und des Klimaschutzmanagers des Landkreises Florian Diepold-Erl wird seit Oktober 2017 allen interessierten Kommunen des Landkreises für jeweils rund sechs Wochen kostenlos ein e-Fahrzeug mit einer Ladesäule zur Verfügung gestellt. Gesponsert wird dies von der Energie Südbayern. □

macht uns auch stolz, waren sich Klaus Koch, stellvertretender Landrat des Landkreises Bad Tölz Wolfratshausen, und Anton Speer, Landrat des Landkreises Garmisch-Partenkirchen, bei der Abschlussveranstaltung des Klimafrühlings in der eMotion-Base in Bad Tölz einig.

Währenddessen dachte Andreas Süß bereits an das nächste Jahr: „Auf der Abschlussveranstaltung haben wir auch viele Verbesserungsvorschläge aufgenommen, sodass wir uns jetzt genau überlegen können, wie wir das Veranstaltungsformat in den nächsten Jahren am besten fortführen.“ □

Der individuellste Energiemix



erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

**Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom**

Geld sparen, Klima schonen –
unser Mix macht's möglich

Manfred Dattler
ehemaliger Geschäftsführer
erdgas schwaben

www.erdgas-schwaben.de

Feldversuch im Projekt LINDA erfolgreich abgeschlossen

LVN und Partner haben Inselnetz mit mehreren Ortschaften, PV-Anlagen, zwei Wasserkraftwerken und einer Biogasanlage aufgebaut

Die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) und ihre Projektpartner aus Wirtschaft und Wissenschaft haben gestern im Rahmen des dritten und abschließenden Feldversuchs des Projekts LINDA ein vom regionalen Stromnetz unabhängiges Inselnetz aufgebaut. Es umfasste die Kommunen Niederschönenfeld, Feldheim und Teile von Rain am Lech. In den Versuch waren rund 1.100 Haushalte, 185 Photovoltaikanlagen sowie zwei Wasserkraftwerke und eine Biogasanlage eingebunden. Der über rund sechs Stunden laufende Feldtest ist der bisher umfassendste Inselnetzversuch in Deutschland, der auf Basis erneuerbarer Energien durchgeführt wurde.

Eine technische Nachrüstung der eingebundenen Photovoltaikanlagen war nicht nötig. Dadurch lässt sich das Konzept besonders gut übertragen und kann so einen wichtigen Beitrag zur Krisenvorsorge leisten.

Im Falle eines Stromausfalls kann ein Inselnetz die Versorgung kritischer Infrastrukturen, etwa von Krankenhäusern, Wasserkraftwerken oder Kläranlagen, sicherstellen. Im nun durchgeführten dritten Feldversuch wurde unter Beweis gestellt, dass das Konzept des Inselnetzbetriebs um zusätzliche Erzeugungskapazität erweiterbar ist und stabil betrieben werden kann. Auch die unterbrechungsfreie Rücksynchronisation mit dem regionalen Verbundnetz wurde erfolgreich umgesetzt.

Der Feldversuch dauerte vom Morgen bis zum frühen Nachmittag. Das Projektteam umfasste rund 60 Personen an verschiedenen Standorten des Projektgebiets. Der Feldtest war in zwei Phasen aufgeteilt. Gegen 8 Uhr begann die erste Phase: Die LEW-Netzleitstelle übergab die Betriebsführung für die Ortsnetze der Kommunen Niederschönenfeld, Feldheim sowie einen Teil der Stadt Rain am Lech an das Projektteam. Dann baute LVN die Inselnetzversorgung auf: Zunächst musste eine ausgeglichene Leistungsbilanz zwischen der Erzeugung des Wasserkraftwerks in Feldheim und der Photovoltaikanlagen in den Ortschaften sowie dem Verbrauch der Haushalte erzielt werden. Um 8:30 Uhr entkoppelte das Projektteam dann das Inselnetz vom regionalen Verteilnetz – die angeschlossenen Haushalte merkten von dieser Umschaltung nichts.

Zunächst musste eine ausgeglichene Leistungsbilanz zwischen der Erzeugung des Wasserkraftwerks in Feldheim und der Photovoltaikanlagen in den Ortschaften sowie dem Verbrauch der Haushalte erzielt werden. Um 8:30 Uhr entkoppelte das Projektteam dann das Inselnetz vom regionalen Verteilnetz – die angeschlossenen Haushalte merkten von dieser Umschaltung nichts.

Umsetzung des Versuchsplans

Danach begann das Projektteam mit der Umsetzung des mehr als 100 Schritte umfassenden Versuchsplans. In verschiedenen Konstellationen wurde untersucht, wie sich das Inselnetz und die angeschlossenen Erzeugungsanlagen bei Veränderungen der Stromlast verhalten. Dazu wurden sogenannte Lastbänke eingesetzt, die verschiedene hohe Lasten im Stromnetz simulieren.

Um 9.45 Uhr weitete das Projektteam den Inselnetzbetrieb

dann auf das Wasserkraftwerk Rain aus und führte weitere Versuche mit verschiedenen Lastkonstellationen durch. Um 12:30 Uhr wurde das Inselnetz unterbrechungsfrei wieder mit dem Verbundnetz synchronisiert und verbunden. „Es war entscheidend, die Frequenzen des Inselnetzes und des Verbundnetzes exakt anzugleichen, um unterbrechungsfrei wieder in das Verbundnetz zurück zu schalten“, berichtet Dr. Georg Kerber.

Untersuchung der Lastschwankungen

Am Mittag ging der Feldtest in die zweite Phase: Um 13:10 Uhr schaltete das Projektteam die Ortsnetze wieder in den Inselnetzbetrieb. Nun speiste neben den beiden Wasserkraftwerken und den rund 185 Photovoltaikanlagen in den Ortschaften auch eine Biogasanlage in das Netz ein. Auch hier untersuchte das Projektteam die Auswirkungen von Lastschwankungen im Inselnetz. Der Fokus lag nun auf dem Verhalten der Biogasanlage und ihrem Zusammenspiel mit den anderen Einspeiseanlagen. „Wenn genügend Erzeugungsleistung aus einer Biogasanlage zur Verfügung steht, könnte diese prinzipiell die Rolle des Führungskraftwerks im Stromnetz übernehmen. Das hat sich im Versuch bestätigt“, sagt Dr. Georg Kerber. Um 14:30 Uhr wurde der Feldversuch abgeschlossen.

„Wir haben die Projektziele des

Feldversuchs erreicht und konnten die Versuchsreihen wie geplant abarbeiten“, berichtet Prof. Dr. Michael Finkel von der Hochschule Augsburg. „In den nächsten Monaten werten wir die Daten und Erkenntnisse aus den Feldversuchen aus und bereiten sie für die weitere Umsetzung in praktische Handlungsanleitungen auf.“

Im Forschungsprojekt LINDA (Lokale Inselnetzversorgung und beschleunigter Netzwiederaufbau mit dezentralen Erzeugungsanlagen bei großflächigen Stromausfällen) untersucht LVN gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft, wie im Falle eines großflächigen Stromausfalls eine lokale Stromversorgung durch die Nutzung erneuerbarer Energien vor Ort gewährleistet werden könnte. Das Pilotprojekt ergänzt bestehende Strategien zur Wiederherstellung der Stromversorgung bei einem großflächigen Stromausfall.

Das Projekt mit dem Konzept der Integration erneuerbarer Energien zur Inselnetzversorgung und die Feldversuche im realen Netz sind einzigartig in der Energieforschung in Bayern und Deutschland. LINDA liefert einen wichtigen Baustein zur Energiewende und Verbesserung der Versorgungssicherheit.

Ein erster Feldversuch fand im September 2016 statt. Dabei wurde zwischen dem Wasserkraftwerk Feldheim und einer Biogasanlage im Ort ein funktionsfähiges Inselnetz aufgebaut. Im darauffolgenden zweiten Feldversuch im vergangenen Jahr wurde der Inselnetzbetrieb auf fast alle Ortsnetzstationen in Niederschönenfeld und Feldheim und die dort angeschlossenen Photovoltaikanlagen ausgeweitet.

LINDA wurde unter Federführung von LVN mit Partnern aus Wissenschaft (Hochschule Augsburg, Technische Universität München) und Industrie (Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW), Stellba Hydro GmbH & Co KG, Marquis Automatisierungstechnik GmbH, MTU Onside Energy GmbH, PSI Software AG) entwickelt und umgesetzt.



Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, Josef Diebold, erster Bürgermeister in Lachen im Unterallgäu, und Hans-Joachim Weirather, Landrat im Unterallgäu (von links), entzündeten gemeinsam die Flamme – symbolisch für die Aufnahme der Erdgasversorgung in Lachen. Ganz rechts: Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, 100prozentige Netztochter von erdgas schwaben. □

erdgas schwaben:

Feierliche Aufnahme der Erdgasversorgung in Lachen

Die Energiezukunft in Lachen im schwäbischen Landkreis Unterallgäu ist gesichert. Der regionale Energiedienstleister erdgas schwaben sorgt mit seiner 100-prozentigen Tochter schwaben netz in Zukunft für die Planung, den Bau und den Betrieb des Erdgasnetzes der Gemeinde. Vor kurzem begingen Hans-Joachim Weirather, Landrat im Unterallgäu, Josef Diebold, erster Bürgermeister in Lachen, und Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, offiziell die Aufnahme der Erdgas-Versorgung bei einem Festakt.

Parallel zur klimaschonenden Energieversorgung mit Erdgas bekommen die Lachener mit dem Projekt gas & glas von erdgas schwaben Highspeed-Internet via Glasfaserkabel.

Hans-Joachim Weirather, Landrat im Unterallgäu, nannte daher das Ergebnis eine „enorme Infrastruktur-Leistung“ und betonte: „Die Synergie aus dem Konzept gas & glas sorgt für eine viel bessere Wirtschaftlichkeit und tut dem Heute und dem Morgen gut.“

Innovatives Konzept

„Unsere Region ist sehr beliebt und die Nachfrage nach freien Bauplätzen steigt enorm“, sagte Bürgermeister Diebold. „Und alle wollen dabei natürlich modern und zukunftsorientiert investieren. Daher lag es auf der

Hand, diese Gebiete mit einem innovativen Energiekonzept in Verbindung mit der Möglichkeit der schnellen Glasfasertechnologie auszustatten. Und wie wir heute sehen, ist uns das gelungen!“

Rund 100 Häuser sind bereits ans Erdgas-Netz angeschlossen. Dadurch können die Lachener jedes Jahr 300 Tonnen CO₂ einsparen – das ist so viel, wie ein Wald in der Größe von etwa 32 Fußballfeldern im Jahr speichert.

Helmut Kaumeier betonte: „Erdgas schont die Umwelt und spielt auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Energieversorgung in Deutschland, denn Erdgas hat eine hohe Flexibilität und Verfügbarkeit. Ohne Erdgas wird es keine Energiewende geben. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit der Gemeinde Lachen.“ □

Saubere Energie für eine lebenswerte Zukunft

erdgas schwaben sorgt für ein gutes Leben und schützt die Heimat

Der Jahrestag von Fukushima jährte sich kürzlich zum 7. Mal und ist Anlass für den regionalen Energiedienstleister erdgas schwaben, die Leistungen der Gesellschaft für die Herkulesaufgabe Energiewende zu würdigen. erdgas schwaben versorgt seit fast 60 Jahren die Region mit klimaschonendem Erdgas, seit zehn Jahren mit Bio-Erdgas aus regionalen Anlagen und seit einem Jahr mit Strom aus heimischer Wasserkraft. Seit 1995 fördert erdgas schwaben das Fahren mit Erdgas – emissionsarm, ohne Feinstaub und Stickstoffbelastung. Seit dem Nuklearunfall ist viel passiert zum Schutz unserer Heimat und zum Wohl des Klimas.

Rückblickend hat der atomare Unfall in Japan vieles angestoßen. Die Energiewende ist ein Weg in eine sichere, umweltverträgliche und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft.

„Die Energiewende ist nicht in Frage zu stellen. Über das Wie und über die Rahmenbedingungen muss technologie-offen diskutiert werden“, so Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer von erdgas schwaben. Auch sieben Jahre nach Fukushima ist die Aufgabe nicht abschließend geklärt.

Jahrzehntelange Erfahrung

Deutlich wurde, dass regionalen Energieversorgern wie erdgas schwaben mit dezentralen, sauberen und klimaschonenden Lösungen die Zukunft gehört. Der erdgas schwaben-Weg bündelt Energieeffizienz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Ziel ist eine zuverlässige Energieversorgung und eine intakte Heimat – das ist jede

Anstrengung wert. „Das größte Potential fürs Klima“, wird Dietmayer nicht müde zu betonen, „ist und bleibt die Energie-Einsparung. Hier haben wir jahrzehntelange Erfahrung. Das liegt auf der Hand: Die Energie, die gar nicht erst verbraucht wird,

ist die umweltschonendste.“ Aktuell sind fast 200 Städte und Gemeinden in Schwaben und Teilen Oberbayerns an 6.500 km Erdgasleitungen angeschlossen. erdgas schwaben ist auch der Partner für erneuerbare Energien mit einem Investment von über 10 Millionen Euro jährlich.

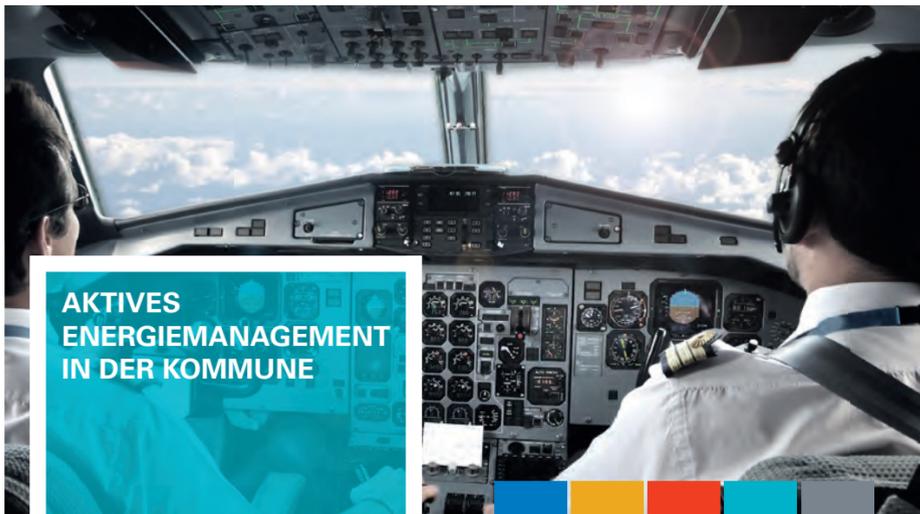
2017 hat erdgas schwaben zudem vier Wasserkraftwerke an Lech und Wertach erworben. Stark im Kommen ist die Verkehrsmobilität mit Strom, 14 Ladesäulen für Elektrofahrzeuge sind in Schwaben in Betrieb, der Strom wird aus 100 Prozent Wasserkraft gewonnen. □

Heizen mit Erdgas ist und bleibt günstig

Im Jahr 2017 sind die Kosten für das Heizen mit Erdgas um durchschnittlich ein Prozent gesunken. erdgas schwaben bietet weiter dauerhaft günstige Preise für Strom und Erdgas.

„Klarer Heimvorteil: Als regionaler Energiedienstleister können wir ein ausgezeichnetes Preis-Leistungsverhältnis bieten“, sagt Jens Dammer, Leiter Vertrieb erdgas schwaben. „Gerade für Einfamilienhäuser, gerade für junge Familien.“

„Wer seine Heizkosten dauerhaft senken will, der sollte über eine nachhaltige und effiziente Erdgas-Heizung sowie eine sinnvolle energetische Sanierung nachdenken“, rät Dammer. „Denn das Heizen und der Zustand des Hauses haben entscheidenden Einfluss auf die Energiekosten. Wir beraten Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen von den Möglichkeiten zur energetischen Sanierung bis zu den besten Fördermöglichkeiten für ihr Traumhaus.“ □



AKTIVES ENERGIEMANAGEMENT IN DER KOMMUNE

LGA COCKPIT

Aktives Energiemanagement in der Kommune mit dem LGA Cockpit: Statusuntersuchung mit dem „Cockpit Check“ und kontinuierliches Energiemanagement mit dem „Cockpit Portal“. Für alle energierelevanten Bereiche!

LGA COCKPIT CHECK

Unsere Initialuntersuchung:

- Wie sind die Energieverbräuche?
- Welche Energiedaten werden wie erfasst?
- Wie organisiert die Kommune ihre Energie?
- Wie werden Maßnahmen identifiziert, priorisiert und umgesetzt?
- Wie sieht die Energiepolitik bzw. strategische Planung aus?
- Wie gestaltet die Kommune ihren lokalen Energiemarkt?

LGA COCKPIT PORTAL

Unser Online Portal für ein ganzheitliches Energiemanagement:

- Webbasiertes Energiecontrolling
- Aussagekräftige Auswertungen
- Jährlicher Energiebericht mit Maßnahmenempfehlungen
- Fachliche Unterstützung bei allen energierelevanten Fragen
- Integriertes schlankes Anlagen-, Gebäude- und Vertragsmanagement

www.lga-cockpit.de

LGA

ENERGIE

Erster digitaler, grüner Schuldschein weltweit

VERBUND verbindet Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit in einer innovativen Finanzierung

Als erstes Unternehmen weltweit begibt VERBUND, Österreichs führender Stromkonzern, einen grünen Schuldschein über eine digitale, blockchain-fähige Emissionsplattform. Die Mittel fließen zu 100 % in den Netzausbau. Damit unterstützt VERBUND den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung sowie die Versorgungssicherheit. Partner der Transaktion sind die Helaba Landesbank Hessen-Thüringen und value concepts als digitaler Solutions-Anbieter.

Die Finanzwelt befindet sich, wie der Energiesektor, in einem tiefgreifenden digitalen Transformationsprozess, der neue Chancen und Herausforderungen bietet und neue Geschäftsfelder ermöglicht. VERBUND, Österreichs führender Stromkonzern und nahezu 100 %iger Erzeuger aus erneuerbaren Energien, setzt im Finanzbereich auf Innovation und Nachhaltigkeit. Als erstes Unternehmen weltweit begibt VERBUND einen grünen Schuldschein über eine vollintegrierte digitale Emissionsplattform. Die Transaktion umfasst ein Volumen von 100 Mio. Euro bei einer Laufzeit von 10 Jahren. Die Abwicklung erfolgt in Zusammenarbeit mit der im Schuldscheinmarkt als einer der Marktführer etablierten Bank Helaba Landesbank Hessen-Thüringen und der digitalen Plattform vc trade des Lösungsanbieters value concepts.

„Diese Transaktion ist für VERBUND ein weiterer Meilenstein in der Digitalisierungs- und Nachhaltigkeitsstrategie des Konzerns. Wir sind Innovationstreiber und sehen den ersten digitalen, grünen Schuldschein als logischen nächsten Schritt nach der Begebung des ersten Green Bonds eines Unternehmens im deutschsprachigen Raum im Jahr 2014“, sagt Peter Kollmann, CFO VERBUND.

„Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit der Verbund AG mit diesem innovativen Marktplatz in eine neue Ära des Schuldscheingeschäfts zu starten. Damit sind wir die erste Bank, die Schuldscheinemissionen digital anbietet“, erklärt Andreas Petrie, Leiter des Primärmarktgeschäfts bei der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, die die Transaktion begleitet.

„Wir verwenden dieses Instrument, um ein besonders nachhaltiges Projekt zu finanzieren und adressieren gleichzeitig die starke Investoren-Nachfrage nach grünen Veranlagungsmöglichkeiten“, so CFO Kollmann. „Die Revitalisierung der Donauschleife ist ein Schlüsselprojekt zur Integration der Erneuerbaren in das Hochspannungsnetz und für die Versorgungssicherheit.“

Die Mittel aus dem Schuldschein werden zu 100 % für die Erneuerung des 220 kV-Hochspannungsnetzes für den Abschnitt St. Peter am Hart nach Ernsthofen in Oberösterreich eingesetzt. In diesem Abschnitt von rund 110 km Länge wird vor allem erneuer-

barer Strom vom Donaukraftwerk Aschach und mehreren Windkraftanlagen eingespeist, der wiederum an rund 250.000 Haushalte und 50.000 Unternehmen verteilt wird. Diese Hochspannungsleitung wurde vor rund 80 Jahren erbaut und erfährt natürliche Materialermüdungen, beispielsweise durch Rost an den Masten. Durch diese Revitalisierung werden die Versorgungssicherheit, die Netzstabilität und die Effizienz erhöht und die Netzverluste um rund 70 % reduziert sowie Netzgeräusche verringert. Die Bauzeit beträgt 4 Jahre, von 2018 bis 2021.

Digitale Plattform mit Blockchain-Funktionalität

Die Plattform vc trade von value concepts bildet den etablierten Prozess vom Emittenten unter Einschaltung der Bank hin zum Investor vollumfänglich digital ab und erhöht damit Transparenz, Effizienz und Geschwindigkeit der Emission bei gleichzeitiger Reduktion der Transaktionskosten. Die auf neuesten Technologien basierende Plattform komprimiert den bislang stark fragmentierten und durch manuelle Eingriffe geprägten Emissionsprozess und bietet zudem Blockchain-Funktionalität. Emittenten, Investoren, die arrangierenden Banken sowie Anwälte und Ratingagenturen profitieren von einem durchgängigen, transparenten Kommunikationsstrang, gemeinsam nutzbaren Daten und Dokumentenräumen, sowie integrierten Schnittstellen in die Abwicklungssysteme.

Erstmals im Markt begleitet eine digitale Plattform alle Transaktionsprozesse zentral. Dabei verbindet sie die Innovationsvorteile einer voll digitalen Plattform mit der Erfahrung und Transaktionssicherheit der Helaba als einer der führenden Arrangeure von Schuldscheindarlehen.

Um die Glaubwürdigkeit und Transparenz zu erhöhen, wurden sowohl VERBUND als Schuldschein-Emittent als auch das zu finanzierende Projekt einer freiwilligen, umfangreichen Prüfung von der externen Nachhaltigkeitsagentur Sustainability unterzogen. Diese Beurteilung beinhaltet das Umweltmanagement, das nachhaltige Stromleitungsmanagement, die soziale Verantwortung, die Arbeitssicherheit, die



Mit einem 130-Tonnen-Autokran wurde der rund 23 Tonnen schwere Saugbagger aus dem Stauraum des Bahnstrom-Kraftwerks Ingolstadt auf einen Tieflader gehoben und abtransportiert. Im vergangenen halben Jahr wurde mit Hilfe des Saugbaggers rund 19.500 Kubikmeter Sediment in die Strömungsrinne der Donau verlagert.

Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau GmbH

Bahnstrom-Kraftwerk Ingolstadt an der Donau

Sedimentverlagerungen im Stauraum erfolgreich beendet

Mit dem Ausheben und Abtransport des Saugbaggers und der Bagerschute in den letzten beiden Februartagen 2018 sind die Sedimentumlagerungsarbeiten im Stauraum des Bahnstromkraftwerks Ingolstadt erfolgreich beendet worden. Die Boote des Ruder- und Segelvereins haben für die nächsten zehn Jahre wieder genügend Wasser unterm Kiel, nachdem insgesamt rund 19.500 Kubikmeter schlammige Sedimente in die Flussmitte der Donau verlagert wurden. Die Arbeiten wegen der Witterung und Wasserführung insgesamt knapp fünf Monate in Anspruch genommen und rund 250.000 Euro gekostet.

Auf dem Südufer des Stauraums bei der Bootsschleuse wurden die schwergewichtigen Schiffkörper und die bis zu einem Kilometer lange 25-cm-Saugrohrleitung in zweitägigen Arbeiten per Autokran aus dem Wasser auf Tieflader gehoben und über das Gelände der Transport-Beton Ingolstadt GmbH abtransportiert.

Neben den Entkrautungs- und Baggerarbeiten umfassten sie auch das Entfernen und Setzen von Bojenverankerungen sowie mehrfache Echolotvermessungen zur Vorbereitung als auch zur Qualitätssicherung der Sedimentverlagerungsmaßnahmen. Das in die Strömungsrinne der Donau verlagerte Sediment wird natürlich und umweltgerecht bei Hochwasserereignissen in das Unterwasser mobilisiert und weiter transportiert; auch beeinflusst es während der Lagerzeit keine möglichen Laichgebiete auf der kiesigen Flusssohle, die dadurch weitestgehend unverändert bleibt.

Gesicherte Mindestwassertiefe

Hintergrund dieser Arbeiten ist die Verpflichtung, entsprechend dem Genehmigungsbescheid die vorgeschriebene Mindestwassertiefe von 20 Zentimeter im Abstand von zwei Metern von der Uferböschung bei maximalem Niedrigwasser für die Ruderer und Segler am Nordufer des Ingolstädter Stausees aufrechtzuerhalten. Auf Grund der sich in den vergangenen zehn Jahren angesammelten Sedimentablagerungen war die geforderte Wassertiefe

Bürgerbeteiligung, diverse Zertifizierungen und vieles mehr und fiel sehr positiv aus. Zusätzlich unterzieht sich VERBUND einer freiwilligen, jährlichen Prüfung des Unternehmens auf Nachhaltigkeit durch die externe Nachhaltigkeitsagentur oekom research. Aktuell hat VERBUND ein „Prime“-Rating und ist von 179 Unternehmen im Versorger-Sektor auf Platz vier.

Nachhaltige Finanzierung hat einen hohen Stellenwert bei VERBUND. Bereits im November 2014 hat das Unternehmen als erstes im deutschsprachigen Raum erfolgreich einen Green Bond mit einem Volumen von 500 Mio. Euro und einer Laufzeit bis 2024 begeben. Der jährliche Kupon der 10-jährigen Anleihe beträgt 1,5 %. Der Green Bond war mehr als 3-fach überzeichnet und wurde bei österreichischen und internationalen Investoren sehr erfolgreich platziert. Die Anleihe generierte eine besonders große Nachfrage bei umwelt- und sozial verantwortlich agierenden Investoren. Diese Investoren zeichneten zwei Drittel der Emission. □

Zwischen Kraftwerk Rothenfels und Hafenhof:

Start des Probetriebs der unterirdischen Rohrturbine

Seit kurzem befindet sich die neue unterirdische 2,1-Megawatt-Rohrturbine des Mainkraftwerks Rothenfels im Probetrieb und speist CO₂-freien, umweltfreundlichen Wasserkraftstrom in das Stromversorgungsnetz der Bayernwerk AG ein.

Unter voller Leistung kann die neue Turbine pro Stunde rechnerisch den Jahres-Strombedarf von 2.100 Kilowattstunden eines Single-Haushalts decken. Während des Probetriebs wird der erzeugte Strom über die bestehende alte Netzanbindung des Wasserkraftwerks eingespeist, bis die neue Stromableitung fertiggestellt ist. Die neue Rohrturbine benötigt eine leistungsstarke 20.000-Volt-Kabelverbindung zur Energieableitung vom Kraftwerk zum Netzeinspeisepunkt am nördlichen Ortsrand der Gemeinde Hafenhof an der Kreisstraße MSP 26. Dort wird eine begehbare Übergabestation gebaut, in der das neue Kabel in das bestehende Bayernwerknetz eingeschleift wird.

Die entsprechenden Arbeitsvorbereitungen zur Verlegung der neuen Kabelverbindung zwischen dem Mittelspannungsnetz des örtlichen Verteilnetzbetreibers Bayernwerk AG und dem Mainkraftwerk Rothenfels haben in der Osterwoche mit der Baustelleneinrichtung auf der Gemarkung der Stadt Rothenfels, Landkreis Main-Spessart, begonnen. Sobald die letzten behördlichen Genehmigungen erteilt sind, können die Verlegearbeiten auf der gesamten Trasse erfolgen.

Mit der Stromableitung wird auch gleichzeitig ein Glasfaserkabel für die datentechnische

Anbindung des Kraftwerks verlegt. Jeweils knapp 4,8 Kilometer 20.000-Volt-Mittelspannungskabel, Glasfaserkabel und Kunststoff-Leerrohre liegen für die Baumaßnahmen bereit.

Grabenlose Kabelverlegung

Der überwiegende Teil der Kabelrohre wird im offenen Graben bzw. mittels „Kabelpflug“ in 80 bis 175 Zentimeter Tiefe – je nach Notwendigkeit – verlegt. An vier Abschnitten ist die unterirdische Verlegung mittels Bohrspülverfahren vorgesehen. Dieses technisch anspruchsvolle Verfahren ermöglicht in sensiblen Bereichen eine oberflächenschonende grabenlose Verlegung des Kabels. Generell werden unmittelbar nach Beendigung der Baumaßnahme die Oberflächen wiederhergestellt. Die Baumaßnahme wird nachzeitigem Planungsstand bis etwa Anfang Juni dauern. Die Projektkosten für den neuen Netzanschluss einschließlich Planung, Steuerungs- und Leittechnik sowie Maßnahmen im Kraftwerk erfordern finanzielle Aufwendungen in einem höheren sechsstelligen Eurobetrag.

Für zeitweilige Behinderungen oder unvermeidliche Sperrungen aus Sicherheitsgründen entlang der Kabeltrasse während der Bauzeit bitten Uniper und RMD um Verständnis. □



Bürgerenergiepreis

Mein Impuls.

Unsere Zukunft!

10.000 Euro
für Bürger, Schulen
und Vereine!

Sie engagieren sich in den Bereichen Energieeffizienz oder Ökologie und geben damit einen Impuls für die Energiezukunft in Ihrer Region oder Ihrem persönlichen Umfeld? Dann bewerben Sie sich für den Bürgerenergiepreis.

Weitere Informationen unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Wiederaufnahme des 10.000-Häuser-Programms

Seit 1. Februar 2018 können Bauherren und Eigentümer im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms wieder eine Förderung für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, kombiniert mit innovativen Techniken, beantragen. Nachdem das Programm wegen großer Nachfrage im vergangenen Jahr frühzeitig ausgelaufen war, können in 2018 deutlich mehr Maßnahmen gefördert werden – insgesamt 3.700 nach 1.300 in 2017.

Die Förderkonditionen für den Programmteil EnergieSystemHaus bleiben weitgehend unverändert. Der Programmteil Heizungstausch-Plus hingegen ist mit Ende des Jahres 2017 ausgelaufen und wird 2018 nicht mehr fortgeführt. Der Ersatz alter Heizungen durch innovative Heiz-/Speicher-Systeme bleibt aber in Kombination mit Sanierungsmaßnahmen am Gebäude über den Programmteil EnergieSystemHaus förderfähig.

Das 10.000-Häuser-Programm läuft bis Ende 2018. Für die Fördermaßnahmen stehen insgesamt ca. 80 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden nachhaltige Investitionen von etwa 800 Millionen Euro ausgelöst.

Alle aktuellen Informationen zum Programm sind auf der Internetseite www.EnergieBonus.bayern abrufbar. □

Bayernwerk Netz GmbH:

Verbesserter Service am Netzcenter Unterschleißheim

Neue Kundenräume und erweiterte Beratungsmöglichkeiten hat die Bayernwerk Netz GmbH im Netzcenter Unterschleißheim geschaffen. Von diesem verbesserten Service konnten sich Bürgermeister und Kommunalvertreter aus der Region bei einem Ortstermin überzeugen.

Wie der Vorstandsvorsitzende des Bayernwerks, Reimund Gotzel betonte, sei die Energiezukunft fester Teil des gesellschaftlichen Umbruchs in eine digitale Zukunft. Durch lokale Strommärkte und die lokale Vernetzung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch werde sie auch das gesellschaftliche Miteinander vor Ort beeinflussen.

So zeigten eigene Studien, dass Kunden neue Erwartungen haben, ihr Energieverhalten verändern, sowohl Konsument und Produzent sind und am liebsten selbst erzeugten Strom nutzen. Um nah an dieser Entwicklung zu sein, lege das Bayernwerk großen Wert auf Kundenbetreuung und Service vor Ort. „Wir werden alle unsere 19 Netzcenterstandorte in Bayern konsequent auf die Bedürfnisse unserer Kunden ausrichten. Aus Netzcentern sind Kundencenter geworden“, unterstrich der Bayernwerk-Chef.

Laut Günter Pöckl, Netzbauleiter in Unterschleißheim, versorgt das dortige Netzcenter die Landkreise Aichach-Friedberg, Dachau, Freising, Fürstentum und München mit 43 Städten und Gemeinden und ca. 490.000 Einwohnern. Der Verkabelungsgrad der Mittelspannungsnetze liegt bei knapp 73 Prozent, bei den Niederspannungsnetzen sind es knapp 91

Prozent. Das Straßenbeleuchtungsnetz umfasst insgesamt 1.648 Kilometer.

Das Kerngeschäft eines Netzcenters umfasst Plöckl zufolge Planung, Projektierung und Bau von Energieversorgungsnetzen, den Betrieb und das Störungsmanagement von Energieversorgungsnetzen sowie die Dienstleistung Straßenbeleuchtung. Das Bayernwerk sorgt für einen bedarfsgerechten Netzausbau, um eine sichere Versorgung zu gewährleisten und die Einspeisung von Strom aus regenerativer Erzeugung zu ermöglichen.

Rücksicht auf Umweltbelange

Bei allen Baumaßnahmen wird Rücksicht auf die Umwelt (Vogelschutz bei Freileitungen, Wasserschutzgebiete, Bodendenkmäler usw.) genommen. Bei der Vergabe von Aufträgen (Bau, Instandhaltung) werden in hohem Maß regionale Unternehmen eingebunden und somit Arbeitsplätze in der Region gesichert. Bei allen netztechnischen Belangen steht das Netzcenter als direkter Ansprechpartner zur Verfügung.

Wie der Netzbauleiter erläuterte, „tragen wir zum reibungslosen Netzbetrieb und zur zügigen Wiederherstellung der Stromversorgung nach einer Störung bei und sind 24 Stunden pro

Tag für unsere Kunden da. Durch regelmäßige Instandhaltungsmaßnahmen nach festgelegten Intervallen je Bauteil erhalten wir die Substanz unserer Anlagen und gewährleisten somit höchste Versorgungssicherheit. Planungskünfte an Dritte, die in der Regel elektronisch erfolgen, gewährleisten die Sicherheit unserer Netzanlagen.“

Planung, Bau und Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen erfolgten stets in Abstimmung mit den Kommunen. „Durch regelmäßige Kontakte mit unseren Lieferanten sind wir permanent über den neuesten Stand der Technik informiert und können dieses Wissen an unsere Partner weitergeben“, erklärte Plöckl.

Zahlreiche Bautätigkeiten

Als Höhepunkte der Bautätigkeiten am Netzcenter Unterschleißheim führte er die neue MS-Ausleitung aus dem Umspannwerk Hallbergmoos und die Schaffung einer neuen Schaltverbindung, die Verkabelung der Mittelspannungsfreileitung im Bereich der Gemeinde Bergkirchen (Ortsteile Kreuzholzhäuser-Priel-Lauterbach), die Verkabelung Palsweis Moos – Gernlinden-Ost, die Verkabelung der Mittelspannungsfreileitung im Bereich der Gemeinde Vierkirchen (Vierkirchen-Ramelsbach), den Teilabschnitt aus dem Projekt UW Kleinschwabhausen Taffern – Thann (2015/2016) sowie aktuell den Neubau des Umspannwerks Garching an.

„Als technischer Standort des Bayernwerks waren wir natürlich auch bisher für Kunden da, die den Weg zu uns ins Netzcenter gesucht haben“, machte Pöckl deutlich: Mit eigenen Kundenräumen und einer neuen Servicestruktur sei man dafür jetzt noch besser gerüstet. „Unsere Kunden erhalten bei uns Planauskünfte bei Baumaßnahmen, Informationen und Service zum Hausanschluss, zu Stromzählern oder zu allen Fragen rund um Planung,

Anschluss, Betrieb und Abrechnung einer Einspeiseanlage. Zudem können wir zu diesen Fragen vor Ort einen direkten Austausch zu unseren Kundenserviceeinheiten herstellen. Was wir aufgrund gesetzlicher Vorschriften als Netzbetreiber nicht beantworten dürfen und können, sind Fragen zur Stromlieferung und Stromrechnung. Das ist Sache der Lieferanten, der sogenannten Stromvertriebsunternehmen.“

Das Bayernwerk nahm den Energiedialog auch zum Anlass, sein Engagement auf dem Gebiet der E-Mobilität zu präsentieren. Dazu zählen die öffentlichen Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge am Bayernwerk-Kundencenter in Unterschleißheim. Diese sind rund um die Uhr öffentlich zugänglich. Das Bayernwerk baut die Ladeinfrastruktur an eigenen Standorten weiter aus. „Es muss mehr und mehr gelingen, die Menschen mit E-Mobilität in Berührung zu bringen, Interesse zu wecken und Vorbehalte abzubauen. Eine Schlüsselrolle hat die Ladeinfrastruktur“, hob Reimund Gotzel hervor. Das Bayernwerk setze selbst Zeichen für die Mobilität der Zukunft. Bis 2025 würden alle 1.300 Pkw im Fuhrpark auf reine E-Mobilität umgestellt.

E-Mobilität: Kommunen in der Schlüsselrolle

Was die Akzeptanz und die Erlebbarkeit von E-Mobilität angeht, sieht Gotzel die Kommunen in einer Schlüsselrolle. „Dort werden Klima- und Energieeffizienzpläne, dort werden Verkehrskonzepte erstellt. Das ist der richtige Nährboden für E-Mobilität“, so der Bayernwerk-Vorstandsvorsitzende. Für die anwesenden Kommunalpolitiker stellte das Bayernwerk beim Informationstermin auch E-Fahrzeuge zum Test zur Verfügung.

Zu den vom Bayernwerk angebotenen kommunalen Dienstleistungen für Kommunen rund um E-Mobilität zählen unter anderem Ladeflösungen. Mit einem individuell zugeschnittenen Service-Paket können diese laut Gotzel kombiniert werden: von der Vorabberatung zu Produkten und Fördermitteln bis hin zu intelligentem Lastmanagement, Betrieb und Wartung. **DK**

Institut für Wärme und Oeltechnik fordert:

E-Fuels-Einsatz weiter denken!

Die jüngst vorgestellte Studie „Die zukünftigen Kosten strombasierter synthetischer Brennstoffe“ der Thinktanks Agora Energiewende und Agora Verkehrswende zeigt in die richtige Richtung, unterschätzt aber die Möglichkeiten, die solche E-Fuels insbesondere auch im Gebäudebereich bieten. Darauf weist das Institut für Wärme und Oeltechnik (IWO) hin.

„Wir begrüßen es sehr, dass die Studie den Beitrag von E-Fuels zur Erreichung der Klimaziele anerkennt. Positiv ist auch die Erkenntnis, dass durch Skaleneffekte und Technologiefortschritte die Herstellkosten für E-Fuels deutlich sinken werden“, erklärt IWO-Geschäftsführer Adrian Willig. „Auch wenn Strom im Wärmemarkt zukünftig eine größere Rolle spielen wird, sind dort allerdings aufgrund technischer Restriktionen und Akzeptanzproblemen weiterhin auch andere Optionen notwendig. Dabei könnten E-Fuels allerdings eine noch größere Rolle spielen als von den Studienautoren betrachtet.“

Drei Schritte

„Die entscheidende Frage ist aber nach wie vor, wie wir zu einem klimaneutralen Gebäudebestand kommen.“ Dies funktioniert am besten in drei Schritten: Effizienzsteigerung, der verstärkten Kombination mit erneuerbaren Energien und dem

Einsatz treibhausgasreduzierter und langfristig treibhausgasneutraler Brennstoffe wie E-Fuels.

Innovationskräfte des Marktes nutzen

„Statt nach dem Top-down-Prinzip festlegen zu wollen, in welchen Tank zukünftig E-Fuels eingefüllt werden dürfen, sollten für die Erreichung der Klimaziele die Innovationskräfte des Marktes genutzt werden“, so Willig. „Wichtig ist zudem, dass dieser Markt nicht von vornherein beschnitten wird, damit Skaleneffekte bei der Produktion neuer Brennstoffe bestmöglich genutzt werden können.“ Die Einschätzung des IWO wird im Grundsatz auch vom kürzlich veröffentlichten Zwischenfazit einer Leitstudie der Deutschen Energie-Agentur (dena) gestützt. Es zeigt, dass bei der Umsetzung der Klimaziele ein breiter Technologiemix deutlich günstiger wäre als Szenarien, die einen hohen Grad an Elektrifizierung vorsehen. **DK**



V. l.: Stefan Kostner, Martin Felbermeier, Ursula Jekelius (alle Bayernwerk), die Bürgermeister Heinrich Stadlbauer (Fahrenzhausen), Dr. Dietmar Gruchmann (Garching b. München), Sebastian Thaler (Eching) und Christian Kuchlbaur (Oberschleißheim) sowie Robert Dallmayr (Bayernwerk). **DK**

Stadtwerkekonferenz am 15. und 16. Mai in Nürnberg

Gemeinsam mit der N-ERGIE Aktiengesellschaft und der Kompetenzinitiative ENERGIEregion Nürnberg e.V. veranstaltet EUROSOLAR e.V. die 12. Ausgabe der jährlich stattfindenden Stadtwerkekonferenz am 15. und 16. Mai in Nürnberg. Bereits seit 12 Jahren ist die Konferenz Treffpunkt für VertreterInnen von kommunalen und regionalen Energieversorgern, Unternehmen, Banken, Anlagenbetreibern, Genossenschaften und Projektierern im Bereich Erneuerbarer Energien sowie für VertreterInnen von Städten, Gemeinden und Kommunen, die sich informieren und in gegenseitigen Austausch treten.

Das inhaltliche Programm umfasst in diesem Jahr die Themen regionale Verteilnetze, Konvergenz der Energiemärkte, zukunftsfähige Mobilitätskonzepte und dezentraler Ausbau Erneuerbarer Erzeugungskapazitäten. Anhand wissenschaftlicher, politischer und praxisbezogener Impulse werden innovative Geschäftsmodelle, Strategien und Anwendungsbeispiele vorgestellt und diskutiert.

Unter anderem wird Rainer Stock (Bereichsleiter Netzwirtschaft, VKU) die neue Rolle der Verteilnetzbetreiber in einem nachhaltigen und dezentralen Energiesystem beleuchten. Dr. Stefan Nykamp (Leiter Innovationsmanagement, der Westnetz GmbH) geht der Frage nach, wie lokale und regionale Energiezellen zu mehr Energieautonomie führen können. Auf Möglichkeiten und Grenzen der Sektorenkopplung im „Energiesystem Stadt“ geht Dr. Jens Hauch (Bereichsleiter Erneuerbare Energien, ZAE Bayern) ein. Prof. Dr. Andreas Knie (Geschäftsführer, InnoZ, Berlin) zeigt Wege auf, wie Kommunalpolitik zu einer erfolgreichen Mobilitätswende beitragen kann und Uwe Welteke-Fabrizius (Geschäftsführer, Flexperten) stellt neue Ertragspotentiale für die KWK durch Flexibilisierung vor.

Informationen und Anmeldung unter: www.stadtwerkekonferenz.eurosolar.de
Zum vollständigen Programm: <http://stadtwerkekonferenz.eurosolar.de/programm/15-mai-2018.html> **DK**

Thüga Aktiengesellschaft:

Arbeit an der Zukunft Smarter Quartiere

Smart-Quartier-Projekte bieten interessante Ansätze, die sichere Versorgung ihrer Bewohner mit Energie, Wärme und Mobilität nachhaltig zu gestalten – mit dem Nachteil, dass es sich heute um reine Insellösungen handelt. Gemeinsam mit der Fraunhofer Gesellschaft und zahlreichen Partnern aus der Wirtschaft hat die Thüga AG jetzt den Verein „Open District Hub e.V.“ gegründet, um diese zu einer skalierbaren Systemlösung zu verknüpfen.

Reduktion von CO₂-Emissionen, intelligente Sektorenkopplung, konsequente Digitalisierung – Smarte Quartiere bieten als Element der Smart Cities für viele deutsche Stadtwerke ein Zukunftsmodell ihrer Geschäftsfelder. Bisher handelt es sich bei den Smart-Quartier-Ansätzen allerdings noch um Insellösungen, die bis jetzt nicht an anderen Standorten replizierbar waren.

Durch die Mitgründung des „Open District Hub e.V.“ (ODH) hat die Thüga AG einen Rahmen geschaffen, um aktiv und in enger Zusammenarbeit mit den derzeit 13 anderen Mitgliedern innovative Entwicklungen für smarte, sichere und nachhaltige Quartiere mitzugestalten.

„Unsere Beteiligung am ODH bietet den großen Vorteil, dass wir auf das Know-how des kon-

tinuierlich wachsenden Netzwerks aus Industrie und Wissenschaft zurückgreifen können und gleichzeitig eine gestalten- und gleichzeitige Funktion für die Zukunft der kommunalen Energiewirtschaft wahrnehmen können“, erklärt Dr. Matthias Cord, Stellvertreter der Vorstandsvorsitzender der Thüga AG. „Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern aktuelle und künftige Entwicklungen frühzeitig erkennen und diesen Wissensvorsprung nutzen, um strategisch neue Geschäftsfelder für unsere Partnerunternehmen auszubauen und einen skalierbaren Standard für Smarte Quartiere mit zu entwickeln“, so Cord weiter.

Innerhalb der kommenden vier Jahre soll ein praxistauglicher Standard entwickelt und in Pilotquartieren erprobt werden. **DK**

„Earth Hour“ 2018:

Für einen lebendigen Planeten

Tausende Städte und Gemeinden in über 180 Ländern weltweit waren auch heuer wieder bei der vom World Wildlife Fund for Nature (WWF) ins Leben gerufenen Klimaschutz-Aktion „Earth Hour“ dabei. Allein in Deutschland hatten sich für dieses Jahr knapp 400 Städte angemeldet. In Bayern ging in über 80 Städten an markanten Gebäuden für eine Stunde das Licht aus.

Das Motto der diesjährigen Earth Hour lautete „Für einen lebendigen Planeten“. Die Natur- und Umweltschützer machten damit auf das aktuelle Artensterben aufmerksam – das größte seit der Zeit der Dinosaurier vor 65 Millionen Jahren. „Die Vielfalt des Lebens auf unserem Planeten ist akut bedroht. Wenn wir weitermachen wie bisher, wird allein durch den Klimawandel die Hälfte aller Spezies aus den bedeutendsten Naturregionen verschwinden. Wie sehr uns Artenverlust ins Mark treffen kann, verdeutlicht schon heute das Bienensterben. Es ist höchste Zeit, dass wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise an unseren Planeten anpassen und nicht umkehrt“, betonte Christoph Heinrich, Vorstand Naturschutz beim WWF Deutschland.

Hohe Beteiligung in Bayern

In München war für eine Stunde die Abendbeleuchtung der Frauenkirche, der Theatinerkirche und des Rathauses ausgeschaltet. Auch der Friedensengel, die Ruhmeshalle, die Bavaria und die Allianz Arena blieben dunkel. Nürnberg schaltete die Lichter an rund 60 Objekten aus – von der Kaiserburg über die großen Stadtkirchen bis zum Schönen Brunnen. In Augsburg standen neben Rathaus und Perlachturm ebenfalls zahlreiche Kirchen für eine Stunde ohne Beleuchtung da, in Bayreuth waren es unter anderem das Festspielhaus und das Alte

Schloss und in Regensburg altes Rathaus, Continental Arena sowie die Außenbeleuchtung des Theaters am Bismarckplatz.

Während in Würzburg die abendliche Beleuchtung des Doms und der Festung Marienberg abgeschaltet wurde, blieben in Landshut u.a. Stadtresidenz, Rathaus, Burg Trausnitz, Dom St. Martin und das Ländtor dunkel.

Umweltbewusstsein sensibilisieren

„Die Earth Hour als größte Klimaschutzaktion der Welt erinnert an unseren CO₂-Fußabdruck und soll helfen, jeden Tag den eigenen CO₂-Verbrauch im Blick zu haben“, erklärte Münchens Umweltreferentin Stephanie Jacobs. Der WWF möchte aber auch das Umweltbewusstsein der Menschen sensibilisieren. Deshalb waren auch 2018 Privatpersonen aufgefordert, mitzumachen und zu Hause das Licht zu löschen.

Und auch darüber hinaus kann laut Jacobs jeder Einzelne zum Klimaschutz beitragen. „Kleinigkeiten im Alltag, wie Licht ausschalten in ungenutzten Räumen oder den Stecker ziehen statt Standby-Modus, sind wichtig und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Nur gemeinsam schaffen wir das Münchner Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden.“ Es seien auch kleine Entscheidungen wie häufigeres Verzicht auf Autofahren und Fleisch, die einen Unterschied machen könnten, so Jacobs. **DK**

Wärmenetze brauchen starke Kommunen

Leitfaden von StMWi und LfU

Die Planung und Errichtung von Wärmenetzen gehört zu den zentralen Herausforderungen einer zukunftsgerechten Wärmeversorgung. Die vom Bayerischen Wirtschaftsministerium und dem Bayerischem Landesamt für Umwelt herausgegebene Broschüre „Wärmenetze in Kommunen“ soll Kommunalpolitik und -verwaltung, ehrenamtlich Aktiven, lokale Unternehmer, Landwirten oder private vor Ort als Leitfaden dienen, Wärmenetzprojekte umzusetzen.

Laut Publikation lassen sich mithilfe einer gemeinschaftlichen Wärmeversorgung in vielen Fällen Energie und Ressourcen sparen. Wärmenetze bieten gute Möglichkeiten, regenerativ erzeugte Wärmeenergie in die Versorgung einzubinden, zum Beispiel die Wärme von Biogas-Blockheizkraftwerken. Die Auswahl an nutzbaren Wärmequellen steigt, beispielsweise kann auch industrielle Abwärme im Wärmeverbund verwendet werden.

Im Vergleich zu mehreren einzelnen, privaten Heizanlagen kann ein Wärmenetz insgesamt meist energieeffizienter arbeiten. Falls bei einem Gebäude eine energetische Sanierung wirtschaftlich oder technisch nicht möglich ist, kann ein Wärmenetz dennoch die CO₂-Emissionen senken.

Ein Wärmenetz kann die regionale Wertschöpfung steigern. Werden erneuerbare Energien eingesetzt, sinkt die Abhängigkeit von externen (fossilen) Energie-

lieferungen. Eine stabile Energieversorgung ist ein wesentliches Standortkriterium. Hausbesitzer sparen Kosten für Bestandteile der Heizanlage, wie Kessel und Brenner, sowie für Wartung und Instandhaltung. Teil eines Wärmeverbunds zu sein, ist für sie außerdem komfortabel, da sie sich nicht um den Betrieb des Wärmeerzeugers kümmern müssen.

Bestimmte Situationen schaffen gute Voraussetzungen für den Bau einer vernetzten Wärmeversorgung:

- Es gibt potenzielle Abnehmer großer Wärmemengen.
- Energetische Sanierungen oder Tiefbauarbeiten stehen an.
- Die Lage von Gebäuden ist günstig.
- Wärme- oder Rohstoffquellen sind vorhanden.
- Es besteht Interesse in der Bürgerschaft.
- Es gibt eine hohe Bereitschaft in der Bürgerschaft, sich mit

dem Thema Wärmenetze auseinanderzusetzen.

„Suchen Sie den Erfahrungsaustausch mit Anlagenbetreibern, um Fehler bei der Planung und dem Betrieb zu vermeiden“, heißt es in der Publikation. Im Energie-Atlas Bayern fänden sich zahlreiche Praxisbeispiele bayerischer Kommunen.

Praxisbeispiele

Beispiel Lastmanagement Adelsdorf: Die Gemeinde im Landkreis Erlangen-Höchstadt wollte einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern. Adelsdorf gründete eine Kapitalgesellschaft (GmbH) als 100-prozentige Tochter für die energetische Sanierung von kommunalen Liegenschaften und die Energieversorgung größerer Wärmeabnehmer. Dafür wurden ein Wärmenetz und eine Hackschnitzelanlage errichtet.

Der Brennstoff ist etwa zur Hälfte Landschaftspflegeholz, das aus den örtlichen Grünanlagen stammt. Betrieb und Wartung der Anlage sind nur mit geringem Aufwand verbunden. Die energetische Optimierung der kommunalen Liegenschaften reduzierte den

Energieverbrauch der Kommune.

Die Besonderheit besteht darin, dass sich das Wärmenetz in Adelsdorf durch das Lastabwurfverfahren auszeichnet. Ein zentrales Leitsystem zur Überwachung und Regelung erfasst den Energieverbrauch der Kunden in Echtzeit. Tritt ein Engpass auf, drosselt das System automatisch die Wärmeabnahme von bestimmten Heizungsanlagen der Gemeinde. Zum Beispiel senkt es kurzfristig die Beheizung von Fahrzeughallen. Dieses Verfahren ermöglicht geringere Leitungsschnitte und Erzeugerkapazitäten.

Beispiel AFK-Geothermie GmbH: Besondere geologische Voraussetzungen ermöglichen die Nutzung von Geothermie als Wärmeträger. Dies wollten die Gemeinden Aschheim, Feldkirchen und Kirchheim für sich nutzen. Sie schlossen sich zum ersten interkommunalen Geothermieprojekt in Deutschland zusammen, um die hohen Investitionskosten gemeinsam zu tragen.

AFK-Geothermie untersuchte das genehmigte Areal auf Erdwärmeeinheiten. Nach erfolgreicher Förder- und Reinjektionsbohrung begann die Bereitstellung von Erdwärme aus Geothermieanlagen. Das Wärmenetz wurde sukzessive erweitert. Die Bürger werden regelmäßig über das Projekt informiert, individuelle Beratungen von Experten mit Kostenvergleich im Rahmen von Sprechstunden und Hausbesuchen runden das Serviceangebot ab.

Der Energieversorger steht in engem Austausch mit einer Forschungseinrichtung, um die Optimierungspotenziale auszuschöpfen. Es konnten bereits Effizienzsteigerungen realisiert werden, beispielsweise durch hydraulische Abgleiche, effiziente Heizungsumwälzpumpen und eine optimierte Regelungs-technik. **DK**

CAFM in der kommunalen Gebäudebewirtschaftung

Von Uwe Janetschke, AKDB, Geschäftsfeld Grundstückswesen/Bau/GIS/FM

Nachdem sich der Einsatz in der Privatwirtschaft schon seit Jahren bewährt hat und dort als obligatorisch gesehen wird, haben auch kommunale Verwaltungen die Vorteile einer Computer-Aided-Facility-Management-Lösung (CAFM) für sich erkannt.

Grund hierfür ist zum einen das gestiegene Bewusstsein um die Wahrnehmung der Betreiberverantwortung und den damit verbundenen gesetzlich vorgeschriebenen Prüf- und Dokumentationspflichten. Heizungsanlagen, Brandschutztüren, elektrische Betriebsmittel, Feuerlöscher, Fluchtwegbeleuchtung, Leitern, Trinkwassersysteme usw. – die Liste der prüfpflichtigen Arbeitsmittel und Einrichtungen ist lang. Je nach technischer Ausstattung und vorgeschriebenen Prüfzyklen können pro Objekt leicht mehr als hundert präventive Wartungs- und Prüfungsmaßnahmen zusammenkommen, die erfasst, beauftragt, und nachvollziehbar dokumentiert werden müssen.

Insellösungen noch weit verbreitet

Zum anderen besteht schlicht und einfach die Notwendigkeit, die ohnehin knapp bemessenen Personalressourcen so effizient wie möglich zu nutzen und die Transparenz hinsichtlich Leistung und Kosten signifikant zu erhöhen. Speziell in kleinen und mittelgroßen Kommunen, in denen das Gebäudemanagement von den Mitarbeitern oftmals noch „nebenher“ bewältigt wird, sind rudimentäre Insellösungen in Form von Excel-Listen, Outlook-Termineinträgen und Papierablage der anzutreffende Standard.

Flächeninformationen, Kostenbewertungen und Energiereports, etwa zur Vorbereitung von Ausschreibungen oder zur Kosten- und Verbrauchsanalyse, können entweder gar nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohen zeitlichem Aufwand erzeugt werden. Ähnlich verhält es sich mit regelmäßig wiederkehrenden Prozessen, wie zum Beispiel die jährliche Erstellung der Betriebskostenabrechnung bei vermieteten Objekten.

Vorteile einer Computer-Aided-Facility-Management-Lösung

Durch eine zentrale Datenerhaltung in einem CAFM-System erhält der verantwortliche Gebäudemanager einen direkten Zugriff auf alle wichtigen Informationen zu Gebäuden, Raumausstattungen und technischen Anlagen und kann sich auf diesen Weg schnell einen Überblick über deren Zustand und Nutzung verschaffen. Auf eine Vor-Ort-Begleitung oder ein zeitaufwendiges Aufmaß nehmen kann dadurch oftmals verzichtet werden. Konkrete Einsparungen durch CAFM-Einsatz lassen sich pauschal nicht berechnen. In Hinblick auf den Aufwand für Wartung und geplante Instandsetzung, nennt die GEMA-Richtlinie 460 Erfahrungswerte von zehn bis 30 Prozent für die Kostenreduzierung.

Spätestens aber dann, wenn es um die Erfüllung der Betreiberpflichten geht, haben sich CAFM-Systeme als unverzichtbares Werkzeug etabliert. Die Möglichkeit, alle Wartungs- und Prüfungsaufträge im Überblick zu haben, an die Ausführungstermine automatisch erinnert zu werden sowie den Erledigungsnachweis auf Knopfdruck bei Bedarf verfügbar zu haben, möchte kein kommunaler CAFM-Anwender mehr missen.

Bei der Auswahl eines geeigneten CAFM-Systems ist eine gut verständliche Darstellung der Daten und eine intuitive Bedienung Voraussetzung. Besonders wertvoll wird auf eine gute Integrierbarkeit an bereits vorhandene AKDB-Systeme anderer Fachbereiche gelegt.

Einerseits um weiteres Synergiepotenzial zu nutzen, andererseits um sich die Möglichkeit einer sukzessiven Erweiterung um zusätzliche Anwendungsmodulare der TERA-Manager-Familie in der Zukunft zu sichern. **□**

Neues Impulspapier des AK Kommunalen Klimaschutz:

Schnittstellen und Synergien innerhalb der Kommunalverwaltung

Eine wertvolle Orientierung für Klimaschutzaktivitäten vor Ort bietet sowohl Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung als auch Klimaschutzmanagern das Impulspapier „Klimaschutz – Schnittstellen und Synergien innerhalb der Kommunalverwaltung“. Potenziale werden darin ebenso aufgezeigt wie mögliche Interessenkonflikte. Herausgeber des Papiers ist der bundesweite Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz, der überwiegend aus Vertretern aus Preisträger-Kommunen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“, Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowie dem Deutschen Institut für Urbanistik besteht.

Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Arbeitskreises Kommunalen Klimaschutz zeigt, dass Klimaschutzbelange Schnittstellen zu fast allen Ämtern, Ressorts und Aufgaben in öffentlichen Verwaltungen haben. Diese Vielfalt verdeutlicht die Herausforderung für das kommunale Klimaschutzmanagement, als Mittler zwischen Beschäftigten unterschiedlicher kommunaler Funktionsbereiche zu agieren, die relevante Anforderungen an Klimaschutzvorgaben in ihrer Arbeit reflektieren sollen und wollen.

Stellenwert beachten

„Auch wenn – nicht zuletzt durch die Förderung des BMUB – viele Kommunen ein Klimaschutzmanagement installiert haben, hat es in der Regel nicht die Kraft und Akzeptanz oder Funktion, alle relevanten Schnittstellen mit gebührender Intensität zu betreuen. Gleiches gilt für den Kontakt zu externen Fachleuten sowie Beratern für Klimaschutz, Fachbüros, Fördermittelgebern, Behörden, NGOs etc., die sich sachkundig einbringen wollen“, heißt es in dem Impulspapier. Mittel- bis langfristig sollten Klimaschutzbelange künftig bei Projekten, Maßnahmen und Aktivitäten in und zwischen den verschiedenen Ämtern auch ohne direkte Beteiligung des Klimaschutzmanagements Berücksichtigung finden.

Für einen erfolgreichen kommunalen Klimaschutz ist nicht nur ein gutes Schnittstellenmanagement wichtig, sondern auch der Stellenwert des Klimaschutzes innerhalb von Politik und Verwaltung. Wird Klimaschutz von den führenden Gremien in Kom-

munen vorgelebt und unterstützt, z. B. als Chefsache direkt von der Führungsebene, werden Klimaschutzmaßnahmen von kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eher umgesetzt, als wenn das Klimaschutzmanagement nur auf sich selbst gestellt aktiv sein kann und als Multiplikator zu wirken versucht.

Integriertes Klimaschutzkonzept ist zwingend notwendig

Zudem sind die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes und ein damit verbundener kommunalpolitischer Beschluss laut Impulspapier zwingend notwendig. Die Zielsetzung des Klimaschutzkonzeptes sollte dabei nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ausgerichtet sein und in das Leitbild der Kommune aufgenommen werden. Strategisch habe ein solches integriertes Klimaschutzkonzept eine große Bedeutung – nicht nur für den Prozess per se, sondern auch für die frühzeitige Sensibilisierung möglicher zukünftiger Schnittstellen in den Kommunalverwaltungen, die schon bei der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes gleich in die Konzeptphase mit eingebunden werden sollten, so dass aus möglichen Betroffenen Beteiligte werden.

Darüber hinaus sollte der Nachhaltigkeitsgedanke stärker in der Stadt-, Kreis- bzw. Gemeindeentwicklungspolitik verankert werden. Klimaschutzmaßnahmen können ihre gewünschte Wirkung nur dann optimal entwickeln, wenn sie von sorgsamem Flächen- und Ressourcenver-

brauch sowie einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik in den Kommunen flankiert werden.

Das Klimaschutzmanagement sollte nicht nur als einflussreicher Multiplikator wirken, sondern auch zielgerichtetes Networking betreiben. Empfohlen wird, erfolgreiche Klimaschutzprojekte öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren und dabei die Beiträge der unterschiedlichen Akteurskreise besonders hervorzuheben.

Die Zusammenarbeit an den Schnittstellen muss, um nachhaltig zu wirken, für alle involvierten Seiten von Vorteil sein. Daher ist es für das Klimaschutzmanagement hilfreich, einen guten Überblick über Fördermöglichkeiten zu haben. Erfahrungsgemäß werden Aspekte des Klimaschutzes bereitwilliger in Projekte der Kommunalverwaltung aufgenommen, wenn deren zusätzliche Kosten durch externe Finanzierungsmöglichkeiten abgemildert und Klimaschutz durch Fördermittel aktiv „vermehrt“ werden kann.

Kritiker einbinden

Bei zeitlich eher eingrenzenden Projekten ist die Arbeit in einer interdisziplinären und ämterübergreifenden Projektgruppe denkbar. Von Vorteil sind hier die Benennung von Projektkoordinatoren sowie zur Erleichterung der Kommunikation speziell eingerichtete, für jeden erreichbare elektronische Dossiers/Datenbanken. Blockaden in der Verwaltung können abgebaut werden, indem Kritiker der Aktionen eingebunden und „neutrale“ Mitarbeiter durch gute Beispiele überzeugt werden.

Klimaschutz geht nicht ohne „Kümmerer“ und kann daher als eine Daueraufgabe in den Kommunen gesehen werden. Deshalb ist die Verstärkung durch eine fest eingerichtete Stelle in der Verwaltung von großer Bedeutung, um eine kontinuierliche und nachhaltige Arbeit im Klimaschutz zu ermöglichen. **DK**

Wettbewerb Energiezukunft Allgäu

Die Energiewende in den Unternehmen bestimmt die Erfolgsaussichten der Energiewende im Allgäu. Besonders gute Beispiele, wie Unternehmen diese Herausforderung gestalten können, stellen die Preisträger des Wettbewerbs Energiezukunft Allgäu dar, den die Allgäu GmbH und das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) ausgerufen hatten.

Mit dem ersten Preis wurde die Brauerei Clemens Härle ausgezeichnet. Die Jury überzeugte, dass die Brauerei bereits seit 2009 klimaneutral produziert und auch der Wärmebedarf mit dem hauseigenen Hackschnitzelkessel gedeckt wird. Für den Strom sorgen mehrere PV-Anlagen auf dem Dach des Betriebsgebäudes. Zudem pflegt die Brauerei einen sehr bewussten Umgang mit der Mobilität und es werden regionale Rohstoffe beim Brauen verwendet.

Der zweite Preis ging an das Biohotel Eggenberger in Hopfen am See, das mit seinem Konzept zur Förderung der Elektromobilität und seiner Energiewende 2.0 punktete. So stehen für die Gäste und Mitarbeiter mehrere Elektroautos zur Verfügung. Der Strom stammt für die Mobilität wie auch den Hotelbetrieb zu 100 Prozent aus regenerativen Energiequellen, 61 Prozent davon werden mittels PV-Anlage und Blockheizkraftwerk (BHKW) selbst produziert.

Mit dem dritten Preis wurde die Bio-Schaukäserei Wiggensbach e.G. für den Neubau eines Ziegelgewölbekellers bedacht. Als die Reiferäumkapazität für den selbstproduzierten Käse erweitert werden musste, entschieden sich die Verantwortlichen der Bio-Schaukäserei beim Neubau für einen Lagerkeller aus Ziegel, der mit Erde überdeckt wird. Dadurch werden mit sehr geringem Energieaufwand gleichbleibende Raumtemperaturen und damit ideale Bedingungen für den Reifevorgang des Käses erzielt.



TOSKANA

Spezialangebot

Eine Woche inklusive Halbpension ab 370 EUR pro Person im Doppelzimmer. Wir bieten neun Doppelzimmer mit allem Komfort, Bad/Dusche, Telefon, TV, Minibar sowie organisierte Ausflüge mit Kleinbus. Kinder bis fünf Jahre 30 EUR pro Tag, ab sechs Jahren 40 EUR pro Tag. Weitere Informationen: **Casa Mazzoni** Tel.: +39 05 64 56 74 88 • E-Mail: info@casamazzoni.it • www.casamazzoni.it Wir sprechen Deutsch!

Eröffnung der Landesgartenschau Würzburg:

Wo die Ideen wachsen

Zum zweiten Mal in seiner Geschichte lädt die Stadt Würzburg vom 12. April bis 7. Oktober 2018 zur Landesgartenschau ein. Neben zahlreichen Themengärten, Trends rund um Natur und Gartenkunst, Urban Gardening und Mobilität sowie attraktiven Spiel- und Erlebnisflächen bietet die LAGA auch Denkanstöße und Anregungen, sich mit eigenen Ideen an der Gestaltung der Zukunft zu beteiligen. Insgesamt werden 3.000 Veranstaltungen stattfinden.

Gemäß dem Motto „Wo die Ideen wachsen“ können die Besucher auch einen Standort für neue Ideen kennenlernen: In einer beispielhaften Konversion des 95 Hektar großen, ehemaligen US-Kasernengeländes, schuf die Stadt Würzburg den neuen Stadtteil Hubland – mit großem Park, vielfältigen Wohnformen, zentralen Einrichtungen und sozialer Infrastruktur. Ein Quartier für 5.000 Menschen, das die Stadt Würzburg als Wissens- und Arbeitsstandort stärken und als Ort zum Leben noch attraktiver machen soll.

Wissensgärten

In den Wissensgärten der Landesgartenschau werden innovative und kreative Ansätze gezeigt. Themenfelder wie Ernährung, Gesundheit oder Mobilität werden in spannenden Beiträgen präsentiert und beispielsweise im zentralen „Grünen Auditorium“ diskutiert.

In den Zukunftsgärten werden mit experimentellen Wohnformen wie den sog. Tiny Houses visionäre Gebäude gezeigt, die nachhaltiges Wohnen auf engstem Raum sowie mehr Mobilität ermöglichen und attraktive Ge-

genentwürfe zur Wegwerfgesellschaft bieten. In wechselnden Ausstellungen werden in der Blumenhalle, die früher einmal Flugzeughangar war und anschließend den bis 2008 hier stationierten, amerikanischen Soldaten als Sporthalle diente, floristische Besonderheiten, spektakuläre Farbenspiele und die neuesten Trends aus der Welt der Blumen präsentiert.

13 Themenwochen

Alle 14 Tage erfindet sich die LAGA 2018 zudem neu und lädt zu insgesamt 13 Themenwochen ein, die sich auf unterschiedliche Bereiche und Aspekte erstrecken: von der Kulinarik zur Geschichte, von der Natur zur Urbanisierung, von der Bewegung zur Forschung.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der die Landesgartenschau gemeinsam mit Umweltminister Marcel Huber offiziell eröffnete, bezeichnete diese als ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Tradition und Moderne, Wohnen und Natur elegant miteinander verbunden werden können. Zum Stichwort Lebensqualität und Stadtentwicklung sei

die Schau ein wichtiger Beitrag. Die Kosten für Planung und Entwicklung der Landesgartenschau beliefen sich auf insgesamt 31 Millionen Euro. Zuschüsse gewährten auch die Europäische Union und der Freistaat Bayern – „gut angelegtes Geld“, wie Söder bemerkte. Aus seiner Sicht wird die LAGA das Gesicht Würzburgs auf dem Hochplateau im Osten der Stadt deutlich verbessern. Für den öffentlichen Nahverkehr zum Hubland stellte er ebenso Zuschüsse in Aussicht.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt sprach seinerseits von einem „vielzitierten Referenzprojekt der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“. In Rekordzeit sei es gelungen, das ehemalige Kasernengelände nach dem Ende der militärischen Nutzung mit neuem Leben zu füllen. Die Landesgartenschau sei der Schrittmacher gewesen.

Urbanes Leben nachhaltiger gestalten

Freilich sei die Gartenschau sehr viel mehr als eine klassische Schau der Gartenkunst, so der Rathauschef: „Innovativ und experimentierfreudig thematisiert sie auf vielerlei Weise die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen und werden, wie wir etwa die Herausforderungen durch Ressourcenknappheit oder Umweltzerstörung erfolgreich meistern oder unser urbanes Leben grüner, gesünder und

nachhaltiger gestalten können.“

Sehr viel Wert sei auf die enge Vernetzung des Hublands mit der Innenstadt, den benachbarten Stadtteilen und den Umlandgemeinden gelegt worden, hob Schuchardt abschließend hervor – „unter anderem durch einen weit ausgreifenden Grüngürtel, durch Naturlehrpfade, Fuß-, Rad- und Pedelec-Wege zum Beispiel mit dem Rad in den Landkreis und zu Fuß zur Keesburg und ein leistungsfähiges ÖPNV-Angebot mit vielfältigen Vernetzungen der verschiedenen Verkehrsträger auch untereinander“.

Wie Umweltminister Marcel Huber ausführte, fördere das Bayerische Umweltministerium die Landesgartenschau mit rund 2,9 Millionen Euro. Zusätzlich fließen weitere 2,9 Millionen von der EU. Auch das Landwirtschaftsministerium beteiligt sich an den Kosten.

Zukunft der Gartenschauen

Huber zufolge werden Gartenschauen in Bayern ab 2022 mit jeweils bis zu 5 Millionen Euro gefördert. Möglich machen dies geänderte und neugefasste Förderrichtlinien. Huber: „Mehr Geld für Lebensqualität in den Städten und eine frühzeitige Einbindung der Bürger – das ist die Zukunft der Gartenschauen in Bayern. Die neuen Förderrichtlinien bieten interessierten Kommunen jetzt einen noch stärkeren Anreiz, Gartenschauen zu veranstalten. Mit der erweiterten Förderung steht Bayern an der Spitze der deutschen Bundesländer.“

Eine weitere Neuerung ist die zentrale Marke „Bayerische Landesgartenschau“. Mit ihr wird es ebenfalls ab 2022 nur noch ein einheitliches Format für Gartenschauen in Bayern geben. Mit der neuen Konzeption können Kommunen bei Geländegröße und Ausstellungsdauer flexibler agieren. Beispielsweise kann die veranstaltende Kommune die Durchführungsdauer von mindestens 12 bis höchstens 24 Wochen zukünftig selbst festlegen. Bürger, regionale Verbände und die Wirtschaft sollen bereits frühzeitig in der Bewerbungsphase und auch später in der Umsetzung informiert und eingebunden werden, um größtmögliche Transparenz zu schaffen. DK

KULTURmobil 2018:

Welt-Bühnenliteratur in Niederbayern

Mit seinem jährlichen Familienprogramm zieht das Kulturmobil demnächst erneut durch Niederbayern. An 30 Orten in neun Landkreisen gibt eine professionelle Künstlertruppe auf der ausklappbaren Bühne eines Lastwagens 60 Vorstellungen. Die Premiere geht am 9. Juni in Kumhausen über die Bühne, der letzte Vorhang der knapp drei Monate währenden Tournee fällt am 2. September in Neufahrn (beide Landkreis Landshut).

6.000 Reisekilometer pro Jahr legt das „Kulturmobil“ in Niederbayern zurück. 30 Mitwirkende vor und hinter der Bühne ziehen nach dem Vorbild fahrender Gaukler durchs Land. Produziert hat „Kulturmobil“ das Kulturreferat des Bezirks Niederbayern. Orientiert an den Aufgaben der regionalen Kulturpflege werden jährlich neue, moderne Theater-Produktionen angeboten. Der Bezirk Niederbayern stellt damit ein einzigartiges Beispiel für zeitgemäße Regional-Kulturarbeit vor.

Twain und Molière

Auf dem Programm stehen heuer nachmittags das Kinderstück „Die Abenteuer von Tom und Huck“ nach Mark Twain und abends die Komödie „Tartuffe, der Scheinheilige“ nach einer Komödie von Jean Baptiste Molière. Für die künstlerische Qualität der Aufführungen bürgt In-

Mittelfränkische LEADER-Regionen:

Landschaft lesen lernen

Kulturlandschaften prägen Regionen und machen diese unverwechselbar. Sie bilden einen Teil der regionalen Identität und vermitteln ein Gefühl von Heimat. Aus diesem Grund haben sich die mittelfränkischen LEADER-Regionen, darunter auch der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, die Region Bamberg und drei Regionen aus der Oberpfalz zum Ziel gesetzt, ihre vorhandenen Kulturlandschaftselemente aufzunehmen, in einer Datenbank zu erfassen und damit für die Zukunft zu sichern.

Damit dies gelingen kann, ist die Unterstützung möglichst zahlreicher ehrenamtlicher Erfasser gefragt. Im April fand dazu eine Schulung am kunststoff-campus bayern in Weißenburg statt. Rund 20 Interessierte waren der Einladung des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen und der Lokalen Aktionsgruppe Altmühlfranken gefolgt.

Kulturelles Erbe gerät in Vergessenheit

„Landschaft kann sich verändern, aber sie sollte sich treu bleiben“, sagte Ursula Eberhard vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege, der das Projekt ebenso unterstützt, wie das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege. Immer mehr kulturelles Erbe verschwindet und gerät in Vergessenheit. Auch immer mehr Wissen über die regionale Geschichte geht verloren und genau dem will das LEADER-Projekt nun entgegenwirken.

Besondere Kulturlandschaftselemente

Auf die Methodik der Erfassung ging Armin Röhrer ein, der als Projektmanager das LEADER-Projekt wissenschaftlich begleitet. Er stellte die naturräumlichen Gegebenheiten und die geschichtliche Entwicklung der Region vor. Bei einer Bereisung Altmühlfrankens hatte der Fachmann schon ein paar ganz besondere Kulturlandschaftselemente ausgemacht, wie die Pappenheimer Grafendörfer, den Hohlweg bei Hechlingen oder die vielen Kopfbauhallen in der Ellinger Residenzlandschaft.

Zum Abschluss der Veranstaltung stellte Projektmitarbeiterin Johanna Kemmler schließlich den Erfassungsbogen vor, mit dem die Landschaftselemente

erfasst werden sollen. Voraussetzungen ab Juli soll dann die Datenbank mit den erfassten Informationen befüllt werden.

Beispielhafte Initiativen

Veronica Platzek und Carolin Tischner, die das LEADER-Projekt in Altmühlfranken betreuen, sind gespannt, welche Elemente die ehrenamtlichen Erfasser in den nächsten Jahren dokumentieren werden. Und natürlich sollen die erfassten Daten auch genutzt werden. Verschiedene Initiativen in anderen Regionen zeigen, was durch ähnliche Maßnahmen entstehen kann, wie z. B. die Kulturspuren im Wittelsbacher Land.

Wer noch Interesse hat, sich als ehrenamtlicher Erfasser zu engagieren, ist auch jetzt noch jederzeit willkommen und kann sich unter Tel. 09141/902-191 über die Details informieren. Um den Austausch und die Vernetzung zu erleichtern, soll es künftig vierteljährlich einen Stammtisch geben. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Arbeitsbekämpfungsplan des Landkreises München:

Fortschreibung kommt gut voran

Ein Großteil des Maßnahmenpakets ist bereits weit gediehen
Künftig soll der Fokus noch mehr auf Prävention liegen

Wenn man herausfinden möchte, wie es wirklich um eine Region bestellt ist, darf man nicht nur einen Blick auf die Oberfläche werfen. Man muss eintauchen in ihre Eigenheiten und Charakteristika, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede, ihre Wirtschaft und ihre Kommunen, um ein unverfälschtes Bild zu erhalten. Genauso verhält es sich bei dem Thema Armut.

Dass eine Region insgesamt gut dasteht, sagt noch nichts darüber aus, wie es um ihre Bewohner im Einzelnen bestellt ist. Erst, wenn man über Fakten wie Vollbeschäftigung, Wachstum, Bildungsoffensive oder Prosperität hinaus blickt, erhält man einen unverstellten Blick auf die Lebensrealitäten der dort lebenden Menschen. Dann zeigt sich: Auch in einer prosperierenden und sich gut entwickelnden Region wie dem Landkreis München gibt es Schattenseiten wie Wohnungsnot, Versorgungslücken oder Armut. Entscheidend ist, was getan wird, um diesen Problemen entgegenzuwirken. Mit seinem Arbeitsbekämpfungsplan hat sich der Landkreis bereits im Jahr 2010 auf den Weg gemacht, der wachsenden sozialen Schere entgegenzuwirken.

2016 wurden die Maßnahmen aus dem Arbeitsbekämpfungsplan in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden durch die Kreispolitik und die Kreisverwaltung aktualisiert und angepasst. Es entstanden insgesamt 70 Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die Situation von Menschen, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind, zu verbessern. Mitte 2016 wurde damit begonnen, die Maßnahmen, die im Sozial- und Jugendhilfeausschuss des Landkreises beschlossen wurden, umzusetzen.

Den aktuellen Stand der Bearbeitung stellte die verantwortliche

Sozialplanerin des Landratsamts, Michelle Flohr, kürzlich im Sozialausschuss vor. Bereits die Hälfte der Aufgaben konnte in den letzten zwei Jahren erfolgreich bewerkstelligt werden. Weitere 37 Prozent der geplanten Vorhaben wurden bereits angestoßen; wiederum die Hälfte davon ist bereits so weit gediehen, dass sie noch im Jahr 2018 zum Abschluss gebracht werden können. Lediglich 13 Prozent der vereinbarten Maßnahmen sind aktuell noch nicht in Bearbeitung. Auch sie sollen jedoch zeitnah folgen, so dass die Fortschreibung des Arbeitsbekämpfungsplans bis Ende des Jahres 2020 abgeschlossen sein wird.

Schwerpunkt für die kommenden Jahre: Prävention von Armutskarrieren

Der Abschluss des Projekts Arbeitsbekämpfungsplan bedeutet natürlich längst nicht das Ende der Bemühungen des Landkreises, sich gegen Armut in der Region stark zu machen. Das Thema wird auch darüber hinaus im Rahmen einer breit angelegten Sozialraumanalyse kontinuierlich weiter bearbeitet werden.

Politik und Verwaltung haben bereits mögliche Arbeitsschwerpunkte für die kommenden Jahre identifiziert. So soll der Fokus für die Jahre 2020 bis 2023 insbesondere auf der Prävention von Armutskarri-

eren liegen. Zwar ist die Lage am Arbeitsmarkt im und um den Landkreis München sehr gut, es herrscht Vollbeschäftigung, doch in anderer Hinsicht werden auch im Landkreis die Nachteile der Lage mitten im Ballungsraum spürbar: „Momentan befinden wir uns noch in einer Situation, in der viele Menschen es geschafft haben, sich über die Jahre eine Existenz in den eigenen vier Wänden aufzubauen. Für sie ist es ein wenig leichter, mit dem konstant niedrigen Rentenniveau klarzukommen. Das wird in den nachfolgenden Generationen nicht mehr so sein“, so Landrat Christoph Göbel.

Prävention von Armutskarrieren im Fokus

„Der steigende Altersdurchschnitt unserer Gesellschaft, die wachsende Anzahl alleinerziehender Eltern und geringe Einkommen, die knapp über den Grenzen für staatliche Hilfe liegen, sind bedeutende Risikofaktoren für Armut. Und oft entwickelt sich daraus eine Art Armutsspirale, die ganze Familien – Eltern, Kinder, Enkelkinder – mitzieht. Einmal in diesem Strudel gefangen, kommt ein Mensch dort nur schwer wieder heraus. Aus diesem Grund müssen wir uns bereits jetzt und auch im Anschluss an den Arbeitsbekämpfungsplan systematisch mit der Prävention von Armutskarrieren im Landkreis München auseinandersetzen“, so Göbel weiter.

Konkrete Maßnahmen dafür sollen zeitnah und so differenziert wie möglich zugeschnitten auf die unterschiedlichen Zielgruppen entwickelt werden. □

Mitgliederversammlung Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald-Unterer Inn:

Erfolg im Dreiländereck

„Weichen für die Zukunft stellen“ lautete die Losung der jüngsten Mitgliederversammlung der Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald-Unterer Inn in Viechtach. Die Organisation feiert heuer 25-jähriges Bestehen, was laut Vorsitzendem Landrat Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau) mit einem Festakt im Herbst gebührend gefeiert wird.

Gruber ließ eingangs die Gründung des kommunalen Verbands im Jahre 1993 in Cham Revue passieren und stellte die Euregio als kompetenten Ansprechpartner für die Förderung und Durchführung grenzüberschreitender Projekte verschiedener Art vor. Rund 2.000 Kleinprojekte seien seit Bestehen des Verbands umgesetzt worden.

Wie der Vorsitzende erläuterte, zähle die Euregio heute europaweit zu den am erfolgreichsten arbeitenden Grenzregionen, was vor allem dem außerordentlichen Engagement ihrer kommunalen und zivilgesellschaftlichen Mitglieder zu verdanken sei. Auch die Zusammenarbeit mit den Förderstellen in allen drei Landesteilen habe maßgeblichen Anteil „am Erfolg unserer Region im Dreiländereck“. Jetzt müsse der Blick darauf gerichtet sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Organisation auch nach 2020 möglichst professionell und erfolgreich für die Region arbeiten kann.

In seinem Festvortrag bezeichnete Landtagsabgeordneter und Minister a.D. Helmut Brunner die Geschichte der Euregio als Erfolgsgeschichte. Durch gemeinsame Projekte und Kooperationen sei eine Annäherung der Menschen möglich geworden. Mit einem Zusammenschluss wie der Euregio, für die das Motto

„Drei Länder, zwei Sprachen, eine Region“ gelte, könnten die Herausforderungen auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet besser bewältigt werden als im Alleingang. Laut Brunner muss der ländliche Raum im Grenzgebiet überregional zusammenarbeiten, um sich gegen die Metropolen behaupten zu können. Kirchturmdenken sei passé.

Förderprogramme ausschöpfen

Brunner verwies darauf, dass die Euregio in Brüssel ernst genommen wird. In der aktuellen, noch bis 2020 laufenden Förderperiode, seien bereits zahlreiche Projekte umgesetzt worden. Dazu zählten Leader-Maßnahmen, für die zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt wurde, die Interreg-Programme Bayern-Österreich und Bayern-Tschechien sowie die Interkommunale Zusammenarbeit. Gerade die Interreg-Programme trügen in herausragender Weise dazu bei, die Lebensbedingungen in den Grenzregionen zu verbessern und eine grenzüberschreitende Partnerschaft aufzubauen. Grundsätzlich, so Brunner, sollten alle nationalen und internationalen Förderprogramme ausgelotet und ausgeschöpft werden. Dann werde die Region auch eine gute Zukunft haben.

Beschlussmäßig entgegengenommen wurde im Anschluss der druckfrische Euregio-Geschäftsbericht 2017. Zu den Höhepunkten des vergangenen Jahres zählt die Eröffnung des Europahauses in Freyung. Dort haben fünf Institutionen, die sich um die länderübergreifende Zusammenarbeit kümmern, ihren Sitz: die Euregio, die Europaregion Donau-Moldau, das Europe Direct Informationszentrum, das Zentrum für Sprachkompetenz sowie zwei EU-Fördermittelgeber. Gebaut wurde das Europahaus von einem privaten Investor, der die Büros an die genannten Institutionen vermietet.

Mit Planungen zur Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beschäftigten sich die Mitglieder gegen Ende der Versammlung. Nach dem Willen von Euregio-Geschäftsführer Kaspar Sammer soll erreicht werden, dass kommunale Anliegen verstärkt in Projekte und Programme Eingang finden. Heinrich Schmidt, Erster Vorsitzender des Naturparks Bayerischer Wald, plädierte dafür, Förderprogramme für Kommunen aufzulegen, um der Lichtverschmutzung entgegenzuwirken und die Kommunen bei der Umrüstung der öffentlichen Beleuchtung auf umweltverträgliche und energiesparende Leuchtmittel zu unterstützen. Weitere Diskussionspunkte waren der Fachkräftemangel, die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung und die länderübergreifende Zusammenarbeit von Hochschulen und Universitäten. **DK**

OTH-Verbund feiert fünfjähriges Jubiläum

Jubiläum mit großer Strahlkraft: Vor fünf Jahren schlossen sich die Technischen Hochschulen Amberg-Weiden und Regensburg zum OTH-Verbund zusammen. Eine gute Entscheidung, wie sich heute zeigt. Denn die gemeinsamen Projekte prägen die Bildungslandschaft der Oberpfalz nachhaltig und stoßen in ganz Bayern auf großes Interesse. Dies bestätigte der Besuch von Prof. Dr. Marion Kiechle an der OTH in Weiden – die Bayerische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst hielt den Festvortrag bei der Jubiläumsfeier.

„Der OTH-Verbund ist der Motor der Wissens- und Bildungsregion Oberpfalz“, sagt Prof. Dr. Marion Kiechle. „Er kooperiert in zentralen Zukunftsfeldern, bündelt Kompetenzen und baut das Angebot in Lehre, Studium, Forschung und Weiterbildung aus. Dabei richtet er sich an den Anforderungen des Wissenschafts-, Technologie- und Bildungsstandorts Oberpfalz aus. So wird systematisch Zukunft gestaltet, präzise zugeschnitten auf die Anforderungen vor Ort!“

Vor genau fünf Jahren, am 12. April 2013, erhielten beide Hochschulen die Ernennungsurkunden zur „Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH)“. Fünf Jahre, in denen viele gemeinsame Projekte erfolgreich auf den Weg gebracht wurden, unter anderem die Digitale Gründerinitiative Oberpfalz (DGO), das BMBF-Projekt Innovative Hochschule, das BMBF-Projekt OTH mind, die Initiative GROW4Digital, das Technologie- und Wissenschaftsnetzwerk Oberpfalz (TWO) oder elf gemein-

same OTH-Forschungscluster. „Die gemeinsamen Erfolge zeigen: Der OTH-Verbund wird auf allen Ebenen gelebt und ausgefüllt“, sagte Prof. Dr. Andrea Klug, Präsidentin der OTH Amberg-Weiden, in ihrem Grußwort. „Aus einer Vision wurde Realität, sei dies in Forschung und Entwicklung, in gemeinsamen Studiengängen, in der regionalen und überregionalen Sichtbarkeit.“

Prof. Dr. Wolfgang Baier, Präsident der OTH Regensburg, betonte in seinem Grußwort: „Unsere beiden Hochschulen machen sich gemeinsam auf Augenhöhe stark für Ostbayern. Wir tragen dazu bei, dass die Oberpfalz für junge Talente noch attraktiver wird.“

Gelebte Kooperation: 3. OTH-Clusterkonferenz

Der OTH-Verbund ist weit mehr als die Summe der beiden Hochschulen: Wenn zwei starke Partner ihre Kräfte bündeln, entstehen positive Synergieeffekte. Das zeigte die 3. OTH-Clusterkonferenz, die vor dem Festakt stattfand. Die WissenschaftlerInnen der OTH Amberg-Weiden und OTH Regensburg stellten bei dieser Veranstaltung ihre aktuellen Aktivitäten auf dem Gebiet der angewandten Forschung vor. Ihre Berichte drehten sich um die fünf Leitthemen des OTH-Verbunds: Energie und Mobilität, Information und Kommunikation, Produktion und Systeme, Lebenswissenschaften und Ethik sowie Gebäude und Infrastruktur. Darüber hinaus präsentierten die Wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse zu den Querschnittsthemen Sensorik und Digitalisierung.

Dabei ließen sie den Basar von Aleppo als virtuelles 3D-Modell wiederauferstehen oder beschäftigten sich mit individualisierten

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Über dem Thema Digitalisierung schwebt in den Medien, vornehmlich in dem, was sich Satire nennt, immer noch so ein Hauch von Neuland. Mit Witzchen allein werden wir aber die Zukunft nicht gewinnen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist normalerweise ein großer Fan von heute-show, extra 3 und Co. Aber die dauernden Witzchen über die Digitalisierungspolitik gehen ihm gewaltig auf die Senkel.

Gut, Kurt Tucholsky hat uns den Imperativ hinterlassen „Was darf die Satire? Alles!“ und keiner bestreitet den Comedians das Recht, Alles und Jeden durch den Kakao zu ziehen. Aber es muss doch langsam ermüden, allein durch die Erwähnung des Begriffs „Flugtaxi“ Schenkelklopfer erzeugen zu wollen. Da-

Digitalisierung ist der Schlüssel zu Wohlstand

bei hat unsere Digitalisierungs-Staatsministerin nur den Finger in eine deutsche Wunde gelegt, nämlich die Netzabdeckung, die – sowohl in den Städten wie noch mehr im ländlichen Raum – so schwach ist, dass sich autonomes Fortbewegen hierzulande auch bei größten Fortschritten in den übrigen Technikbereichen als schwer realisierbar erweisen dürfte.

Und weil's so schön war, ist jetzt der Bundesverkehrsminister dran, weil er Nägel mit Köpfen machen und das Funklochnetz der Republik endlich vollständig kartieren will. Zu diesem Zweck will er uns Bürger um Mithilfe bitten und eine App anbieten, mit der aufgezeichnet wird, in welcher Gegend die Netzabdeckung besonders schwach oder erst gar nicht vorhanden ist. Wieder ein Grund, Witzze zu machen? Für manche schon. Wobei ich den Gag, es wäre leichter, eine Karte der Gegenden zu erstellen, in denen das Netz OK ist, noch einigermäßen originell finde.

Aber was ist so abwegig an dem Gedanken, eine App zu programmieren? Leute, so macht man das heutzutage. Es mag dem preußischen Ordnungssinn möglicherweise eher entgegenkommen, ein schriftliches Protokoll zu erstellen – A 8 von Kilometer x bis Kilometer y kein Netz, von Kilometer y bis Kilometer z nur ein Strich – aber der Zauber dessen, was man Digitalisierung nennt, besteht unter anderem

darin, solche Blödesarbeiten Maschinen machen zu lassen.

Jetzt mag man sich fragen, woher kommt es, dass gerade diese beiden Politiker so im Comedy-Fokus stehen. OK, sie sind Bayern und gerade die Satiresendungen von ZDF und ARD nördlich des Mains gefallen sich gerne darin, die Ursache für den wirtschaftlichen, finanziellen, bildungspolitischen, sportlichen Erfolg des Freistaates in der rigorosen Rückständigkeit und Beschränktheit seiner Bewohner zu sehen (dröhnender Applaus im norddeutsch-rheinischen Publikum).

Ich glaube aber eher, dass die Herausforderung und Chancen der Digitalisierung von vielen Intellektuellen und bezahlten Denkern einfach noch nicht verstanden wurden. Wir brauchen flächendeckendes WLAN und Mobilfunk nicht, weil man auf einem Einödhof in Ostwestfalen „World of Warcraft“ spielen oder „Die Anstalt“ aus der ZDF-Mediathek herunterladen will. Digitalisierung ist der Schlüssel zu künftigem Wohlstand.

Eine kluge Analyse zum derzeitigen Handelskonflikt zwischen China und den USA kam zu dem Schluss, dass das Gekabbel um das, was man früher Montanindustrie genannt hätte, nicht das eigentliche Thema sei. In Zukunft zählen Daten, Künstliche Intelligenz und die Fähigkeit, beides zu verknüpfen. Weder Chinas Bevölkerungszahl, noch die Fähigkeit, kreativ und billig zu imitieren, wird entscheidend sein, sondern die originäre, schaffende Kreativität der Amerikaner. Welche Chance also auch für uns Europäer, in Zukunft wieder mehr mitzureden bei der Entwicklung der Welt.

Mein Chef, der Bürgermeister, stimmt mir da zu: Heute müssen wir die Weichen stellen, damit wir für den Rest des Jahrhunderts eine relevante Größe der Weltwirtschaft bleiben. Bayern hat ja jetzt einen Digitalisierungsminister, der für das Thema brennt. Das macht Hoffnung. Und gibt Gelassenheit, die ewigen Witzze zu erdulden. Frei nach Søren Kirkegaard: „In unserer Zeit wird viel von Ironie und Humor geredet, besonders von Leuten, die nie vermocht haben, sie praktisch auszuüben.“

Ihre
Sabrina

Kartographieren und netzwerken

Benjamin Gunkel ist der erste Sozialplaner beim Bezirk Schwaben

Im Bezirk Schwaben leben derzeit rund 1,84 Millionen Menschen. Da die Region rund um Augsburg auch in den nächsten zwanzig Jahren ein Zuzugsgebiet ist, werden es im Jahre 2035 über 1,95 Millionen schwäbische Bürgerinnen und Bürger sein, so eine Berechnung des Landesamtes für Statistik. Doch auch in Schwaben gleicht die demographische Entwicklung jener in der Bundesrepublik: Im Durchschnitt wird die Bevölkerung immer älter, der sogenannten „Altenquotient“ (die Anzahl der Personen ab einem Lebensalter von 65 Jahren je 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64) wird im Bezirk bis 2035 von jetzt 33,5 auf 48,9 steigen. Eine Entwicklung, auf die man sich sozialplanerisch einstellen muss – und dafür hat der Bezirk Schwaben nun eine neue Stelle geschaffen.

Seit Jahresbeginn ist der 32-jährige Benjamin Gunkel als Sozialplaner beim Bezirk Schwaben tätig. Hintergrund ist auch: Seit dem 1.

Bewegungsmonitoring in der Rehabilitation geriatrischer TraumpatientenInnen. Weitere Beispiele der thematischen Breite und wissenschaftlichen Tiefe der Konferenz waren die Beiträge über denkmalgerechte Modernisierung mit innovativen Energiekonzepten, der Ladezustand von Superkondensatoren oder maschinelles Lernen und Anlagenwissen.

Nachwuchswissenschaftler gestalteten und präsentierten die Vorträge – der beste wurde beim Festakt prämiert: Roland Gömmel durfte die Auszeichnung aus den Händen von Prof. Dr. Marion Kiechle entgegennehmen. Den Preis erhielt er für seinen Beitrag: „Autobahn versinkt im Moor?“ Der Nachweis der Standsicherheit von Straßendämmen auf Stabilisierungssäulen.“

März sind die Bezirke, die bislang die Hilfe zur Pflege im stationären Bereich leisteten (sie kann beantragt werden, wenn das eigene Einkommen und Vermögen sowie die Leistungen der Pflegeversicherung für einen Heimaufenthalt nicht ausreichen), auch für die ambulante Hilfe zur Pflege zuständig.

Momentan ist der Augsburger, der in Köln Empirische Sozialforschung studierte und im Anschluss beruflich im Bereich der Markt- und Meinungsforschung tätig war, noch vor allem als „Kartographier“ aktiv. „Es geht darum, erst einmal die ganze Bandbreite der Angebote und Hilfen in der Region zu erfassen“, so Gunkel, „also beispielsweise wie viele Altenheimbetten es in einem Landkreis gibt, wie es mit den ambulanten Diensten aussieht bis hin zu den Diensten wie beispielsweise Essen auf Rädern.“

Eine gesamtschwäbische Bestandsaufnahme zum Bereich der Altenhilfe ist das erste Ziel. Der Ist-Zustand soll dann die Grundla-

ge dafür sein, perspektivisch entsprechend die Angebote weiterzuentwickeln und dem Bezirkstag sowie seinen Ausschüssen die passenden Maßnahmen vorzuschlagen. Natürlich wird aber Benjamin Gunkel, der sich als „Netzwerker“ im Zusammenspiel von Bezirk, Landkreisen und Kommunen sowie den Anbietern der Dienste in der Altenhilfe versteht, bereits auch jetzt schon mit aktuellen Entwicklungen konfrontiert.

„Ein großes Thema ist die Ausgestaltung der Pflegestützpunkte in Bayern, die Ratsuchenden gebündelt Informationen und Hilfen bieten sollen“, so der Sozialwissenschaftler, „hier bin ich gerade sehr viel vor Ort, um Informationen einzusammeln, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Bezirk, den Landkreisen und den Kassen ausgestalten könnte.“

Weitere Themen, die akut sind, ist der Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen und, so Gunkel, „natürlich die alles bestimmende Frage, wie wir auch in Schwaben genügend Personal im Bereich der Pflege gewinnen können.“ Für erste Aussagen über Ursachen und passende Lösungsansätze ist der Sozialplaner noch nicht lange genug im Einsatz, aber eines weiß Benjamin Gunkel jetzt schon gewiss: „In Schwaben sind wir aktuell in der Pflege sehr gut aufgestellt – das soll bestehen bleiben und zugleich für die Herausforderungen des demographischen Wandels weiterentwickelt werden.“



Roland Gömmel, Forschungsassistent der OTH Regensburg, erhält die Auszeichnung für seinen Vortrag im Rahmen der OTH-Clusterkonferenz. Von links: Prof. Dr.-Ing. Magnus Jaeger (OTH Amberg-Weiden), Prof. Dr.-Ing. Thomas Neidhart (OTH Regensburg), Preisträger Roland Gömmel, Prof. Dr. Marion Kiechle, Prof. Dr. Wolfgang Baier und Prof. Dr. Andrea Klug, und die Koordinatoren des OTH-Verbunds Dr. Wolfgang Weber (OTH Amberg-Weiden) und Prof. Dr. Thomas Falter (OTH Regensburg). Bild: OTH Amberg-Weiden

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt zum Thema Kommunalfahrzeuge des Traktorenwerks Lindner ein Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Landkreis Fürstentum:

Ehrenamtsbörse geht online

Landrat Thomas Karmasin und die Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstentum, Dorothee von Bary, haben im Rahmen des Ehrenamtsempfanges im Landratsamt Fürstentum die Ehrenamtsbörse vorgestellt.

Bei der Regionalkonferenz wurde der Wunsch nach einer Vermittlungsstelle von Angebot und Nachfrage im ehrenamtlichen Bereich geäußert. Daraufhin haben das Regionalmanagement und der Bereich für bürgerschaftliches Engagement im Landratsamt Fürstentum in Zusammenarbeit mit der Bürgerstiftung die Ehrenamtsbörse geschaffen. Die Ehrenamtsbörse besteht aus einer digitalen Online-Plattform (www.ehrenamtsboerse-lkr-ffb.de) und einer persönlichen Beratungsstelle.

Die Idee der Ehrenamtsbörse ist, dass Institutionen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten und Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, schnell und unkompliziert zueinander finden können. Verei-

ne, Verbände oder Organisationen können ihre freien Stellen veröffentlichen und so nach ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern suchen. Menschen, die sich ehrenamtlich einbringen möchten, können ihre Hilfe anbieten.

Jeder findet seinen Platz

Die Beratungsstelle wird von der Bürgerstiftung mit Unterstützung des Landratsamtes Fürstentum, der Hans-Kienner-Stiftung sowie der Joachim und Adolfin-Sigart-Stiftung betrieben. Beraterin Corinna Schinle geht auf die individuellen Vorstellungen und Wünsche ein und findet gemeinsam mit interessierten Mitbürgern den passenden Platz für ein soziales Engagement. □

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 4. Mai 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasserversorgung · Wasserentsorgung · Grundwasser
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge · Garten- und Landschaftsbau
- Grünanlagen · Bestattungswesen · Friedhof

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

AVA-Software

ORCA
orca-software.com

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Energiedienstleistung

erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.
Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Hydraulik Anbaukomponenten

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindingssysteme, Tauchpumpen, Bohrfüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggsstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Kostendämpfung für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebssicher
- Absolut keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Clever investieren - doppelt sparen!

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule; Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt: Saturn Arena; München: Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152 / 91560 www.sew-kempen.de

Nutzfahrzeuge



Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**
Hailo
Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung

LEDiKIT® Streetlight
Digital LED-Upgrade bestehender Straßenleuchten mit Verstand und Verantwortung.
Laternix®
Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de



Stufenlos eis- und schneefrei: Der Unitrac 112 LDrive des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner für Winterdienstprofis

20.000 Einsatzstunden im Unitrac 112 LDrive

Seit Mai 2017 produziert der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner den stufenlosen Transporter Unitrac 112 LDrive. Mittlerweile wurden rund 20.000 erfolgreich Betriebsstunden absolviert – von Gemeinden und im überbetrieblichen Einsatz.

Mit dem Unitrac 112 LDrive hat Lindner die Stufenlostechnologie aus dem Lintrac auch in den Unitrac gebracht. Ein weiteres Highlight ist die besonders einfache LDrive-Bedienung. Dank des Drehreglers wird jeder Fahrer zum Vollprofi – Motor starten, Fahrtrichtung wählen, Gas geben und lenken. Der Motor erfüllt die Kriterien von EURO 6c. Wendigkeit

gewährleistet die 4-Rad-Lenkung. Die Nutzlast des Transporters beträgt sechs Tonnen. Das Traclink-System beinhaltet ein digitales Fahrtenbuch und erkennt Anbaugeräte automatisch. Außerdem erinnert Traclink an wichtige Prüfungen oder Servicearbeiten wie einen Ölwechsel. Ein zusätzlicher Pluspunkt ist die geringe Lautstärke in der Fahrerkabine – diese erreicht maximal 74 dB.

Seit dem Produktionsstart im Mai 2017 hat Lindner bereits 70 Stück ausgeliefert. Mit den Transportern wurden rund 20.000 Einsatzstunden absolviert – unter anderem bei der Gewässerdirektion Ravensburg. In Oberschwaben wird der Unitrac 112 LDrive mit Frontmulcher und Gruber Ladewagen verwendet. Auch die Gemeinden Wipperfürth und Radevorm-

wald in der Nähe von Köln vertrauen auf österreichische Technologie. Dort spielt der Unitrac seine Stärken bei der Landschaftspflege und im Winterdienst aus.

In Österreich hat die Firma ISS Facilities Services einen Unitrac 112 LDrive im Fuhrpark. Mit dem Transporter, einer Schneefräse von Kahlbacher, einem Hauer-Pflug und einem Streuer von Springer dreht der Unitrac auf dem Gelände der Firma Sandoz in Kundl seine Runden. Im Winterdienst nutzt auch die Firma Erdbewegungen und Transporte Johann Winter aus Salzburg einen Unitrac 112 LDrive.

Mehr Informationen zum Unitrac 112 LDrive gibt es im Internet: lindner-traktoren.at



Wendig und einfach zu bedienen:
der Unitrac 112 LDrive

Mit dem Lintrac auf der Loipe

Lindner hat einen besonders innovativen Lintrac entwickelt: Mit spezieller Fräse, Planierschild und Kettenraupe macht der stufenlose Traktor als Spurgerät für Langlaufloipen gute Figur. In Bayern gibt es dafür eine attraktive Förderung für Loipenspurgeräte.

Wie im gesamten Alpenraum befinden sich das Winterwandern und Langlaufen auch in Bayern im Aufwind. Insgesamt warten in Bayern 717 abwechslungsreiche Langlaufloipen auf Wintersportler. Dabei müssen für die Wintersportler höchste Sicherheits- und Qualitätsstandards geboten werden. Beim Winterwandern sind eine kompakte und griffige Oberfläche gefragt.

Dafür hat Lindner einen Spezial-Lintrac entwickelt. Mit dem Planierschild und der Fräse lassen sich Winterwanderwege optimal pflegen. Ergänzt um zwei Druckplatten, ist diese Gerätekombination als ideales Spurgerät für Langlaufloipen einsetzbar. Der stufenlose Lintrac ist seit kurzem außerdem mit Kettenraupen verfügbar. „Damit steht der perfekten Loipenpräparierung nichts mehr im Wege“, erklärt Marketingleiter David Lindner. Für den Lintrac mit Raupenlaufwerk gibt es in Bayern eine staatliche Förderung für Loipenspurgeräte. Diese werden zwischen 50 und 85 Prozent gefördert.



Neu: Der Lintrac mit Kettenraupenfahrwerk

70 Jahre Lindner

Das Tiroler Familienunternehmen Lindner hat in diesem Jahr besonderen Grund zu feiern: Vor genau 70 Jahren, 1948, verließ mit dem S14 der erste Traktor der Firmengeschichte das Werk in Kundl. Heute stellt Lindner mit 229 Mitarbeitern jährlich 1.300 Geotrac-, Lintrac- und Unitrac-Modelle her. Einsatzgebiete sind die Berg- und Grünlandwirtschaft, die Kulturlandwirtschaft und der Kommunalbereich in ganz Europa. Rechtzeitig zum Jubiläum hat Lindner attraktive 70-Jahre-Pakete für neue Geotrac- und Lintrac-Modelle im Programm.

Alle Infos dazu gibt es auf lindner-traktoren.at

Der Lintrac mit spezieller Fräse und Planierschild schafft eine kompakte und griffige Schneeoberfläche.





Innovativ: Beim Lintrac kann die Schneefräse über den Joystick auf der Armlehne mit einer Hand geschwenkt und geneigt werden.

Volles Haus bei der LDrive-Roadshow

Auch in diesem Jahr tourt Lindner mit der LDrive-Roadshow wieder durch Österreich, die Schweiz und Deutschland. Dabei können die Besucher den Lintrac 90 und den stufenlosen Unitrac 112 LDrive aus erster Hand testen.

600 Besucher machten die erste LDrive-Roadshow im Vorjahr zu einem vollen Erfolg. Und auch in diesem Jahr zieht die Veranstaltungsreihe wieder Besucher aus Österreich, Deutschland und der Schweiz an. Der Auftakt erfolgte 2018 besonders spektakulär: Die Timmelsjoch Hochalpenstraße am Heliport von Heli Tirol in Hochgurgl war Ende Jänner Schauplatz der ersten Station. 120 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, um sich bei traumhaftem Wetter von den Stärken des stufenlosen Lintrac und des stufenlosen Unitrac 112 LDrive zu überzeugen. Der Lintrac war mit Schneefräse und Spitzpflug ausgestattet, der Unitrac 112 LDrive mit Salzstreuer und Schneeschild. Der stufenlose Lintrac punktet mit der Hochleistungs-Arbeitshydraulik von Bosch und einfacher LDrive-Bedienung.

Wendig und stufenlos: der Lintrac

Die hintere Achse lenkt bis zu 20 Grad ein – ein Vorteil in engen Gassen. Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen ihn zum variablen Geräteträger.

Dank der größtenteils mechanischen Kraftübertragung mit geringem hydrostatischen Anteil ist der Wirkungsgrad des Getriebes besonders hoch. Alle Informationen zum Lintrac und Unitrac gibt es bei den bayerischen Kommunalhändlern von Lindner:

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH u. Co. KG, UGV Knoblauch GmbH, Wilhelm Mayer GmbH u. Co. KG Nutzfahrzeuge.



Der Spezial-Lintrac im Einsatz

Stufenlos auf der IFAT

Von 14. bis 18. Mai 2018 präsentiert Lindner seinen Unitrac 112 LDrive auf der IFAT in München. Informationen gibt es darüber hinaus zum neuen Lintrac 110. Der Produktionsstart erfolgt Mitte 2018. Herzstück des neuen Traktors ist das stufenlose Getriebe TMT11 von ZF. Das höchstzulässige Gesamtgewicht liegt bei acht Tonnen, die Nutzlast bei rund 3,5 Tonnen. Damit ist der kompakte Lintrac 110 für Arbeiten mit größeren Anbaugeräten maßgeschneidert. Dank LDrive ist der Lintrac 110 besonders einfach zu bedienen.

Böschungen mähen mit dem Lintrac 90

Gerade für Straßenbetreiber und Gemeinden ist das Mähen von Böschungen eine wichtige Aufgabe. Für solche Einsätze haben Traktorhersteller Lindner aus Kundl in Tirol und das französische Unternehmen Noremat einen Spezial-Lintrac entwickelt. Der Fahrer steuert den Böschungsmäher über eine eigene Armlehne mit gleitender Armauflage im Traktor. Auf der rechten Seite ist eine Polycarbonatscheibe eingebaut. Kracht ein Stein gegen die Scheibe, wird der Fahrer geschützt. Besonders innovativ: Der Böschungsmäher mit Knickarm arbeitet seitlich des Fahrers. Er hat so gute Sicht auf das Anbaugerät.

Kommunalforum Alpenraum 2018:

Von der analogen zur digitalen Gemeinde



Hochkarätige Runde beim Kommunalforum Alpenraum 2018 (v.l.): der Tiroler Landtagsabgeordnete Alois Margreiter, Stefan Graf (Direktor Bayerischer Gemeindetag), Österreichs Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Hausherr Hermann Lindner und Nationalrat Hermann Gahr

Rund 100 kommunale Entscheidungsträger informierten sich beim 6. Kommunalforum Alpenraum über die Digitalisierung im Gemeindebereich. Ein Fazit des grenzüberschreitenden Treffens im Tiroler Kundl: Die Gemeinden sehen die Digitalisierung als Chance.

Das Lindner-Innovationszentrum in Kundl war Schauplatz des 6. Kommunalforums Alpenraum. Der Titel in diesem Jahr lautete „Von der analogen zur digitalen Gemeinde“. Wie dieser Weg aussehen könnte, skizzierte Prof. Diane Ahrens von der TH Deggendorf. Sie stellte das Projekt „Digitales Dorf in Bayern“ vor. Ulrike Huemer, CIO der Stadt Wien, erörterte die Digitalisierungsstrategie der öster-

reichischen Bundeshauptstadt. „Mit unseren Services wollen wir den Menschen Zeit schenken. Man darf aber auch niemanden von Dienstleistungen ausschließen, deswegen wird es weiterhin persönliche Beratung geben“, sagte Huemer. Die Trendthemen seien unter anderem Big Data und das Internet der Dinge – z.B. Straßenbeleuchtungen, die automatisch dunkler werden, wenn niemand auf der Straße ist.

In der abschließenden Talkrunde diskutierten kommunale Spitzenvertreter. „Die Digitalisierung wird uns wie die Industrialisierung über Jahrzehnte beschäftigen“, sagte Stefan Graf, Direktor des Bayerischen Gemeindetags.



72 Prozent der Gemeinden sehen die Digitalisierung als Chance, ist eines der Ergebnisse des kommunalen Digitalisierungsbarometers. Die Ergebnisse können über kommunalforum-alpenraum.eu angefordert werden.

Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner, Mitveranstalter ist das Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA. Kooperationspartner 2018 waren Kufem, A1, der Österreichische

Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband, der Südtiroler Gemeindenverband, Forum Land und der Bayerische Gemeindetag. Die Bayerische Gemeindezeitung ist seit Beginn Medienpartner des Kommunalforums. Das nächste Kommunalforum Alpenraum findet am 14. März 2019 statt. Mehr Informationen im Internet: www.kommunalforum-alpenraum.eu